

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Ntl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Ntl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1/4 Sgr.

Breslauer



Zeitung

N^o. 72.

Freitag den 12. März

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammervorhandlungen.) — (Die Stellung Preußens in der Schweizer-Angelegenheit. Louis Napoleon und die Berliner Presse. Mißverständnisse und weitere Organisationen der Ritterschaftspolitik.) — (Zollkonferenz.) — (Berichtigung und Rechtfertigung.) — (Zur Tages-Chronik.) — (Parlamentarisches.) — Delitzsch. (Der Prediger Sachse.) — Sankt. (Hausfuchung und Auflösungen.) — Deutschland. Frankfurt. (Bundestätliches. Die kurheffische, hannoversche und schleswig-holsteinische Frage.) — Dresden. (Die Entschädigungen für Einbuße gütlicher Rechte.) — Hannover. (Berichtigung.) — Bremen. (Der Bundeskommissar wird erwartet. Pastor Dülson.) — Altona. (Die Danisirung.) — Kassel. (Die Wahlen.) — Oesterreich. Wien. (Tagesbericht.) — Italien. Rom Po. (Zustände.) — Neapel. (Napolionisches.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — (Die Kaiser-Ideen.) — Großbritannien. London. (Die Abreise des französischen Gesandten. Nachrichten von Kap. Vermischtes.) — Griechenland. Athen. (Ein vermittelter Insurrektionsplan.) — Osmanisches Reich. (Die türkisch-egyptische Frage.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Installation.) — (Evangelisch-lutherischer Verein.) — (Die Bemühungen des Oberbürgermeisters Elwanger um die Erhaltung des Stadt-Konsistoriums.) — (Schulnachricht.) — (Ballfest.) — (Aus dem Gemeinderath.) — (Eigentümlichkeit.) — (Schlussführung der Stadtverordneten. Einführung des Gemeinderaths.) — Wissenschaft, Kunst und Literatur. Breslau. (Vorlesungen von Branitz.) — (Literarische und Kunst-Notizen.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. (Landwirtschaftliche, industrielle und Handelsnotizen.) — Breslau. (Zur schlesischen Industrie-Ausstellung.) — (Produktenmarkt.) — (Berliner und seltener Markt.) — Mannigfaltiges. — Eisenbahn-Zeitung.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 9. März. Der Präsident der Republik ist seit 2 Tagen wieder völlig hergestellt. — Der „Moniteur“ bringt die Ernennung Villaults zum Präsidenten des gesetzgebenden Körpers, und enthält ein Dekret, durch welches der zu leistende Eid als ein wesentliches Erforderniß betrachtet wird, irgend eine öffentliche Funktion auszuüben. Die Weigerung, diesen Eid abzuleisten, wird der Entlassung gleichgestellt. Jede Modifikation und Restriktion, so wie jeder Vorbehalt, wird als Weigerung angesehen. Besondere Dekrete sollen den Modus der Eidesleistung bestimmen.

Paris, 9. März. Die Vertheidigung des Konfiskationsdekrets gegen die Familie Orleans ist in etwa zweihunderttausend Exemplaren unentgeltlich im Lande verbreitet worden.

Man spricht von der Absicht, in der Schweiz zu interveniren, die Division des Generals Herbillon zu Lyon soll marschbereit sein. (Berl. Bl.)

Wochen-Rückschau.

Berlin, 9. März. Die Schlacht der goldenen Sporen ist geschlagen? Der Gelack mit der Ritterschaar erlag in der ersten Kammer auf dem Felde der Patrie. Der Preis jener Mühen, welche mit Untergrabung der Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Ordnungen begonnen, die Verfassungsveränderungen als Baumaterial herbeiführten, ist dem letzten kühnen Griffе entriekt worden. Die stolze Spitze des Feudalbaues, einer kleinen allein kühnen und rastlosen Minorität, ist herabgestürzt von der erträumten Höhe und gleich dem Thurmbau zu Babel werden die Trümmer Zeugniß geben von der Thorheit!

Wenn aber die Nation hinter die Koulisten treten und alle die kleinen und großen Intriguen schauen könnte, welche für die egoistischen Zwecke von nicht 1 Prozent der Bevölkerung in Scene gesetzt wurden, dann dürfte sie mit Recht fragen: ob solche Vorgänge ihrer würdig seien? Viel Lärmen um Nichts gilt auch hier; „wir haben kein taugliches Holz, um Pairs daraus zu schnitzen!“

Der englischen Patrie geben große historische Traditionen, Reichthum, Vertraulichkeit mit Staatsgeschäften, das Adelsdiplom des Talents, die Gleichheit bei Tragung der Lasten, das Verwachsensein mit allen großen Assoziationen und Unternehmungen, jenen Glanz und Würde; Eigenschaften, welche wir vergeblich bei einem Adel suchen, der nur Standesinteressen vertrat, und in Handel und Industrie seine Gegner sieht.

Preußens große Erinnerungen knüpfen sich nur an seine Herrscher, das Königthum ist die Reichsgeschichte; die heutigen Provinzen sind erst in neuerer Zeit zu einem organischen Staatskörper verbunden worden.

Was weiß der Pommer von jenen rheinisch-westfälischen Standesherrn, deren Namen er vielleicht nie nennen hörte, und die theilweise sogar dem Auslande angehören. Welche Erinnerungen knüpfen den Sachsen an den schlesischen hohen Adel, und welche Sympathien herrschen zwischen Posen und Brandenburg?

Und wo sind, außer Humboldt, die persönlichen Größen? Ist ein ruhmgelörter Feldherr da, irgend ein hochragender Staatsmann, welcher sich einem Pitt, Canning oder Peel gegenüber stellen könnte?

Mit Hardenberg, Stein, Blücher, Gneisenau, Scharnhorst und ihren Zeitgenossen, sind die großen Männer schlafen gegangen.

Die Ernennung von Pairs auf Lebenszeit ist noch das einzige, einigen Erfolg versprechende Mittel, wenn die Krone sich bei der Auswahl über die Parteien stellt. Werden indessen Beamte, Generale und Minister vorzugsweise auserkoren, so wird auch dieser Schritt vergeblich sein, um irgend eine Popularität zu gewinnen.

In der ersten Kammer wurde Rheinland und Westfalen die Gemeinde-Ordnung von 1850, gegen den Protest der Vertreter dieser Provinzen, abgesprochen.

In der zweiten Kammer gilt es, die Kompetenz der Geschwornen zu beschränken; Siege und Niederlagen erfolgten mit Majoritäten von 1 bis 18 Stimmen. Der Entwurf des Grundsteuergesetzes ist erschienen und in seinen Details als vollständig verfaßt zu betrachten; kein Prinzip zu erkennen außer dem: den großen Grundbesitz zu schenken.

Breslau, 11. März. [Zur Situation.] Die Kreuzzeitung kann den Groll über ihre Niederlage in der Pairsfrage noch immer nicht verwinden und giebt die volle Schale ihres Zornes über die „dynastische Linke“ aus, welche in unnatürlicher Verbindung mit der „undynastischen Linken“ sich habe dazu brauchen lassen, „den starren Knochenbau des alten Preußens durch den Merkur der zahmen Revolution zu zerstören“. Indes giebt sie ihre Sache noch nicht verloren, „da der entscheidende Kampf nicht geschlagen wurde auf dem Felde des Parlamentarismus“ und ermahnt die Konservativen, durch Buße sich auf den wahren Kampf vorzubereiten.

In einem zweiten Leitartikel greift die Kreuzzeitung sodann die Regierung an, weil sie sich dazu verleiten lasse, „ihre Wort für ein schöpferisches zu halten und durch ein Kammer-Fiat Aristokratien hervorzaubern und Geschichte machen zu wollen“. Dabei verweist die Kreuzzeitung auf das Beispiel Frankreichs. „Dort sei die durch Regierungs-Machtwort geschaffene Pairskammer wie mit einem Schwamme weggewischt“.

Uebrigens findet das Gerücht, daß die hier in Rede stehende Kammerdebatte mindestens momentan unser Kabinet erschüttert habe, eine Bestätigung durch die „L. Z.“, welche meldet, daß Herr v. Westphalen in der That am 6. seine Entlassung erbeten, aber nicht erhalten habe. Inzwischen habe er sich dazu verstanden, vorläufig im Amte zu bleiben.

Aus Berlin wird uns heut wiederholt versichert, daß Preußen in der Schweizer Angelegenheit durchaus nicht mit Frankreich gemeinschaftlich gehen werde, sondern zu England hinneige, um so mehr, als der Verdacht nicht abzuweisen, „daß Oesterreich bei seinem Auftreten gegen die Schweiz vielleicht nur einen Vorwand gewinnen wolle, in Süddeutschland neue Positionen zu gewinnen.“ Ueberhaupt scheint es, als ob die Eintracht zwischen den beiden deutschen Großmächten auch selbst äußerlich aufrecht zu erhalten, immer schwieriger werde. So ist der Antrag des preussischen Bundestagsgesandten auf Veröffentlichung der Bundestags-Protokolle entschieden anti-österreichisch.

Was die Person des zur Regelung der Bremer Verfassungs-Angelegenheit zu ernennenden Bundeskommissärs betrifft, so soll nach Angabe der „N. Pr. Z.“ der ehemalige hannoversche Kriegs-Minister General Jakobi dazu ausersehen sein.

Was die Unterhandlung Preußens mit Bremen in der Zollvereinigungsfrage betrifft, so versichert heut „Die Zeit“, daß Preußen die bis jetzt dem Zollverein noch nicht angehörenden Staaten Bremen, Hamburg und die mecklenburgischen Herzogthümer nicht aufgefordert habe, sich dem Zollvereine anzuschließen; es werde aber jeder dahin abzielende Antrag von jener Seite Aufnahme finden und zu Verhandlungen führen.

Dagegen negotirt Preußen, wie die „K. Z.“ meldet, in diesem Augenblick eine für die Verbindungen Deutschlands mit England und den überseeischen Ländern äußerst wichtigen Postvertrag, demzufolge das Porto für Briefe von England aus nach Preußen und umgekehrt auf einen gleichmäßigen sehr niedrigen Satz herabgesetzt würde, und welcher zur Vervollständigung der neulich mit den vereinigten Staaten abgeschlossenen Vereinbarung dienen soll. Letztere hat das Porto für den einfachen Brief auf 14 Sgr. festgesetzt. Durch den ersteren Vertrag, zu dem den übrigen Staaten des Postvereins der Beitritt offen gelassen ist, würde das Porto für den einfachen Brief auf 5 1/2 Sgr. herabgesetzt.

In der Nothstandsfrage hat das Landes-Ökonomie-Kollegium unlängst eine sehr beruhigende Erklärung abgegeben. Es hat ein an die Vorstände der 310 landwirthschaftlichen Vereine in Preußen gerichtetes Schreiben erlassen, worin es unter anderem heißt: „Wenn aber hier und da die Befürchtungen wegen wirklichen Mangels sich geäußert, so erscheinen diese bis jetzt in keiner Weise begründet. Wahrscheinlich reicht das vorhandene Roggen-Quantum allein schon für den inländischen Bedarf aus, wenn dessen Verwendung sich auf die menschliche Ernährung beschränkt. Es würden aber nöthigenfalls die genügenden Vorräthe an Weizen und Gerste vollständig hinreichen, einen etwaigen Ausfall zu decken.“

Aus Paris erfahren wir heut nichts Neues von Bedeutung, außer was die oben stehende telegraphische Depesche meldet. Darnach wären den Absichten der möglichen Eidswegerer im Corps legislatif ein Damm entgegengesetzt. Ueber die Absichten des Prinz-Präsidenten auf die Kaiserkrone lauten die Nachrichten einander direkt widersprechend.

In London hat die plötzliche Abreise des französischen Gesandten Walewski zu allerlei bedenklichen Gerüchten Anlaß gegeben und sogar nachtheilig auf die Börse gewirkt. Auf Grund der neuesten Nachrichten vom Cap hofft man eine baldige Beendigung des dortigen Krieges. Dagegen scheint der gesellschaftliche Krieg in Irland eine grauenhafte Intensität gewinnen zu wollen.

Preußen.

Berlin, 10. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem herzogl. braunschweigischen Geschäftsträger an Allerhöchsthohem Hoflager, Legationsrath Dr. Liebe, den rothen Adlerorden zweiter Klasse; dem Hofgärtner Fintelmann in Charlottenburg, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem herzogl. sachsenweimarschen Hof-Banquier und Kommissionsrath Moritz Cohn zu Dessau, den rothen Adlerorden vierter Klasse; so wie dem Mühlenmeister Ludwig Schirmer zu Brüssow, Kreis Prenzlau, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; den Appellationsgerichtsrath Grafen von Schweinitz zu Stettin als Rath an das Appellationsgericht zu Glogau zu versetzen; und dem Rittergutsbesitzer, Ober-Amtmann Schwarz zu Neuborf, im Kreise Reichenbach, den Titel „Oekonomie-Rath“ zu verleihen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 10. März.

Vorsitzender Graf v. Rittberg. Am Ministerische: v. Westphalen, als Regier.-Kommissar; von zur Wahlen und Wehrmann; später v. Raumer.

Der Präsident spricht den Wunsch aus, die Redaktions-Entwürfe der Gemeinde-Ordnungs-Vorlagen schon am Freitag zur Berathung stellen zu dürfen, damit die verfassungsmäßig vorgeschriebene zweite Abstimmung über die dadurch etwa nöthig gewordenen Verfassungs-Änderungen noch vor den Osterferien stattfinden, welche am Palmsonntage beginnen und 14 Tage dauern werden. Die Kammer tritt dem Wunsche bei. Darauf schreitet die Kammer zur Diskussion des Berichts über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der von der zweiten Kammer mit Genehmigung des Justizministers beschlossenen Zusätze. Die Abg. Straß, v. Zander und der Regier.-Kommissar sprechen für die Annahme, der Abg. Holtzammer dagegen; die Kammer genehmigt die Annahme. Der Präsident macht die Anzeige, daß der Handelsminister der zweiten Kammer einen Gesetz-Entwurf wegen Ankauf der nieder-sächsisch-märkischen Eisenbahn überreicht und die erste Kammer ersucht, Behufs Beschleunigung, denselben bereits jetzt einer Kommission zu überweisen; es geschieht. Den zweiten Theil der L.-D. bildet der Bericht der Agrar-Kommission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Melioration der Niederung der schwarzen Elster; die Kommission empfiehlt die Annahme des Gesetz-Entwurfs, wie er aus der zweiten Kammer hervorgegangen ist und den Uebergang zur Tages-Ordnung über die von Grundbesitzern oberhalb Arnstesta eingereichten Petitionen, welche die Ablehnung des Gesetz-Entwurfs ausprechen und Diergardt spricht sich für denselben aus, da er ohne Sonder-Interessen ist. Bode erklärt sich gegen den von der zweiten Kammer gemachten Zusatz zu § 8, welcher die Möglichkeit festsetzt, daß auch die unterhalb Arnstesta belegenen Grundstücke zu verhältnismäßigen Beiträgen herangezogen werden; v. Meding widerlegt die Bedenken des Vorredners. Hefster spricht gegen die von der Kommission empfohlene Tages-Ordnung über die eingegangenen Petitionen und reicht ein Amendement ein, daß die Petition der Stadt Schweinitz in Erwägung zu ziehen. v. Kleist-Tychow unterstützt dieses Amendement. Müller reicht ein neues Amendement ein, welches nicht die hinreichende Unterstützung findet. Rister findet in dem Gesetz-Entwurf nicht die behaupteten Vortheile, so daß ein Einschreiten der Gesetzgebung in die Privat-Verhältnisse, wie der Entwurf sie bedingt, nicht gerechtfertigt. Der Redner spricht ferner sein Bedenken über die Bestimmung aus, daß es der Verwaltung überlassen werden solle, den Maßstab der Beiträge festzusetzen. Der Reg.-Kommissar widerlegt die über den Gesetz-Entwurf aus dem rechtlichen und technischen Gesichtspunkte geäußerten Bedenken, das Amendement des Abg. Hefster hält er nicht für nöthig, da die Regierung gewillt ist, die Petitionen in Erwägung zu ziehen; in Betreff des § 8 wünscht der Reg.-Kommissar die Fassung der Regierungsvorlage, da die Kommission in diesen § eine Bestimmung hineingebracht, welche sich, ohne erwähnt zu werden, vollkommen von selbst versteht. Bei der Spezial-Diskussion werden die einzelnen Paragraphen angenommen, § 8 in der Fassung der zweiten Kammer. Dem Uebergange zur Tages-Ordnung über die betreffenden Petitionen tritt die Kammer bei und spricht die Annahme des ganzen Gesetz-Entwurfs aus. Den letzten Theil der Tages-Ordnung bildet der 6. Bericht der Petitions-Kommission. In Folge von 8 Petitionen, welche Entschädigung für das aufgehobene Jagdrecht nachsuchen, hat die Kommission einstimmig beschlossen, diese Petitionen an das Staats-Ministerium zur Erwägung zu überweisen. Letztere will keine Wiederherstellung der Jagdrechte, wünscht aber eine Entschädigung für die Jagdrechte, welche vom Fiskus erkaufte sind. v. Gerlach findet in dem Jagdgesetz von 1848 den Vortheil, daß es zur Verachtung der Phrasen der Gemeinde-Ordnung geführt, und somit die Konservativen angeregt habe. Die Kammer votirt die Abgabe dieser Petitionen an das Staats-Ministerium zur Erwägung. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Zweite Kammer. Sitzung vom 10. März.

Präsident: Graf Schwerin. Das Schwurgerichtsgesetz steht auf der Tagesordnung. Zu den Bestimmungen über die Form des Urtheils hat die Kommission Zusätze vorgeschlagen. Von Wenzel und Genossen sind Änderungen beantragt. Der Regier.-Kommissar geb. Rath Grimm erklärt sich wiederholt gegen diese Änderungen, welche gleichwohl von der Kammer angenommen werden. Art. 38, welcher das Kontumazial-Verfahren mittelst öffentlicher Vorladung behandelt, beantragt Wenzel zu streichen. Nach dem Artikel sollen Vorladungen, wenn sie dem Angeklagten wegen seines Aufenthaltes im Auslande nicht behändig werden können, auf ausdrücklichen Antrag der Staatsanwaltschaft öffentlich erlassen und in contumaciam verfahren werden. Beseler macht darauf aufmerksam, daß die Staatsanwaltschaft durch diese Bestimmung gebunden werde. Sie würde in einzelnen Fällen an den Justizminister Rückfrage stellen und diesem häufig, wie z. B. im Hassenpflugischen Falle, Verlegenheiten bereiten müssen. Hassenpflug sei wegen Fälschung verurtheilt, habe aber die Vorladungen durch alle Mittel von sich abzuhalten gewußt. In welche Lage würde der Justizminister gekommen sein, wenn eine Rückfrage des Staatsanwalts ihn veranlaßt hätte, seinen Kollegen in Kassel wegen Fälschung laden zu lassen? — Der Berichterstatter warnt davor, bei jeder Gelegenheit auf politische Verbrechen Bezug zu nehmen. Beseler: Er habe nicht von einem politischen Verbrechen, sondern von dem gemeinen Verbrechen der Fälschung gesprochen. Der Art. 34 wird hierauf nach dem Vorschlage der Kommission angenommen. — Ein Amendement Bächtemann empfiehlt, der Staatsanwaltschaft das Stellen von Fragen an die Angeklagten zu überlassen. Der Justizminister weist aus bisherigen Erfahrungen die Nothwendigkeit einer solchen Bestimmung nach. — Ziegler will gleiche Befugniß für den Verteidiger. Hefster beantragt, daß der Vorsitzende jederzeit die Fragen abkürzen kann. Die Beschlußnahme wird auf den Wunsch des Justizministers ausgesetzt und die Diskussion vertagt. — (Schluß 12 1/2 Uhr.) (C. B.)

Berlin, 10. März. [Die Stellung Preußens in der schweizer Angelegenheit. — Louis Napoleon und die berliner Presse. — Mißverständnisse und weitere Organisationen der Ritterschafts-Politik.] In der schweizer Angelegenheit haben ohne Zweifel diplomatische Vorverhandlungen stattgefunden, an denen sich auch Preußen insofern beteiligt hat, als es der von der französischen Regierung auch hierher erhobenen Anfrage vor der Hand die bestimmte Weigerung entgegengestellt hat, sich an irgend einer Intervention gegen die Schweiz zu betheiligen, oder dieselbe auch nur direkt gutzuheißen. Die preussische Regierung beweist überhaupt seit einiger Zeit eine entschiedenere Hinneigung, mit dem englischen Kabinett in gewissen Fragen der auswärtigen Politik zusammenzugehen, und ein bestimmteres Allianzverhältnis mit England, wodurch der ganzen europäischen Politik freilich die folgenreichsten Wendungen bevorstehen würden, wenigstens in Aussicht zu erhalten, so hat sich Preußen auch an das Verhalten Englands, gegenüber dem von Oesterreich und Frankreich befürworteten Maßregelungen der Schweiz, angeschlossen, nachdem es kurz zuvor in der englischen Flüchtlings-Angelegenheit selbst aus der Reihe der Mächte, welche die bekannte Mahnung an das englische Kabinett gerichtet hatten, zurückgetreten war. England würde freilich einen Präjudizfall gegen sich selbst feststellen helfen, wenn es

eine Intervention billigte, welche gegen das Asylrecht der politischen Flüchtlinge geht, und in unmittelbarer Folge auch einen Eingriff in die innern Verfassungsverhältnisse der Schweiz in sich schließen würde. Was Preußen anbetrifft, so waltet hier überhaupt seit dem Abfall Neuenburgs höchsten Orts eine entschiedene Abneigung vor, sich im gegenwärtigen Augenblick mit der Schweiz zu befassen, und nach dieser Seite hin Entscheidungen herbeizuführen, durch welche dann auch eine militärische Erlebigung der neuenburger Angelegenheit nicht mehr umgangen werden könnte. Man hat sich aber in Bezug auf den Austrag dieser Sache von vorn herein am preussischen Hofe besonderen Erwartungen hingegeben, die darauf hinzielten, eine eigentliche Rückeroberung des Cantons von Seiten der Krone Preußens zu vermeiden, und die Sache den innern Bewegungen Neuenburgs selbst zu überlassen. Diese Erwartungen sind hier auch in neuester Zeit noch aufrecht erhalten worden, wie man denn überhaupt nicht annehmen darf, daß Preußen, wie gering auch diese Einbuße an seiner Souveränität sein mag, gewillt ist, den Verlust Neuenburgs auf sich beruhen zu lassen. Aber eine bewaffnete Intervention gegen die Schweiz liegt durchaus nicht in den Neigungen der preussischen Regierung, die sich darüber sowohl nach Paris wie nach Wien in einer ganz bestimmten Rundgebung ausgesprochen haben soll. Man macht sich hier auch wohl kein Hehl daraus, daß Oesterreich, indem es sich zu einer militärischen Besetzung der Schweiz in Gemeinschaft mit Frankreich so lebhaft bereit gezeigt hat, damit weitgreifende Nebenabsichten auf Süd-Deutschland verbindet, wo es längst eine feste militärische Position zur Behauptung seiner Ansprüche in den deutschen Angelegenheiten beabsichtigt hat. Die inneren Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen haben zwar in der letzten Zeit den mildesten und freundlichsten Anstrich von der Welt genommen, sie bestehen aber nicht desto weniger, nicht bloß in der Handelspolitik, wo sie noch am ersten in ein entsprechendes Geleise hinübergeführt werden könnten, sondern vor Allem am frankfurter Bundestage, wo unvereinbare Gegensätze jeden Augenblick in helle Flammen ausbrechen können. Die künstlichen und höflichen Ausweichungen, welche zuletzt das eigentliche Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich ausgemacht haben, können nicht mehr lange fortbestehen, da der Fortgang der deutschen Angelegenheiten selbst den Bruch unvermeidlich machen dürfte. Die preussische Regierung thut alles Mögliche, um dieses Moment aufzuhalten. Das gegenwärtige Ministerium in Preußen ist weder in diplomatischer noch in militärischer Hinsicht zu verwickelten Unternehmungen sehr geneigt, und liebt den bureaukratischen Geschäftsweg auch in der auswärtigen Politik. Es hat sich darum auch in der schweizer Angelegenheit ganz mit den am Hofe herrschenden Intentionen übereinstimmend gezeigt. Dazu kommt noch, daß man es höchsten Orts niemals goutiren wird, mit Louis Napoleon nach irgend einer Seite hin gemeinschaftliche Sache zu machen. Man kennt die Stimmung, welche darüber von Anfang an am preussischen Hofe geherrscht hat. Die preussische Presse ist darum auch die unbeschränkteste und ungefähresteste in der Würdigung der gegenwärtigen französischen Verhältnisse geblieben und liefert, namentlich in einigen berliner Zeitungen, ohne Zweifel das Stärkste und Schlagendste, was in diesem Augenblicke in Europa zur Beurtheilung jener beispiellosen Zustände und Persönlichkeiten gesagt wird.

Von den Verhandlungen über die Pairie-Frage scheinen doch mancherlei Splitter im Fleische der rechten Seite stecken geblieben zu sein! Diese Partei befand sich eigentlich dem Throne und ihren sonstigen Grundfäden gegenüber in der allerbedenklichsten Lage, welche durch die scharfen principiellen Auseinandersetzungen in der Rede des Abgeordneten Stahl auf die gefährlichsten Spizen hinaufgewirbelt wurde. Uebrigens hat auch der Vortrag, welchen Hr. Stahl vor einigen Tagen in dem neuen christlichen Vereins-Verein über den Begriff der Revolution gehalten, Anstoß erregt, insofern der Vorleser „Revolution“ und „Empörung“ von einander unterschieden wissen wollte. Die Ritterschafts-Politik beginnt sich übrigens erst jetzt vollständig zu organisiren. Der Verein, der hier vor einigen Tagen vor den rittergutsbesitzenden Mitgliedern der zweiten Kammer im Interesse des ritterschaftlichen Grundbesitzes gestiftet worden, scheint sehr kräftig auftreten zu wollen, und wird bei den noch bevorstehenden Verfassungs-Revisionen in dieser Kammer nicht ohne Gewicht in den Abstimmungen bleiben.

Berlin, 10. März. [Zollkonferenz.] Lebhaft schlagen schon die Herzen dem Ausgange der berliner Zollkonferenz entgegen, die für lange Zeit über Preußens Position entscheidend sein wird. Die Regierung hat sich auf ein Minimum von Vorzügen beschränkt, um die Anlässe zum Konflikt, an denen es ohnehin nicht fehlt, möglichst zu reduzieren. Der erste und wichtigste Anlaß liegt in der Rechtsfrage, ob der Zollverein durch die preussische Kündigung und den Vertrag mit Hannover aufgelöst ist oder nicht, ob von einer Verlängerung des alten oder der Schöpfung eines neuen die Rede sein kann. Ohne Zweifel werden Baiern, Würtemberg und Sachsen so lange als möglich die letztere Ansicht verfechten, die den österreichischen Zolleinigungsversuchen zur Seite dient; doch rechnet man hier darauf, daß ihr Widerstand ein begrenzter und folglich ein gefahrloser sein wird. Dann folgt die Vorlage I. der preussischen Denkschrift, welche die durch den Septembervertrag geforderten Änderungen des Vereinstarifes behandelt, mit anderen Worten die Genehmigung des Vertrages durch die Mitglieder der Konferenz fordert. Die Vorlagen II. — IV. sind durchaus unbedenklicher Natur: II. empfiehlt für untergeordnete, z. B. Fragen des Reglements, statt mit Stimmeneintheiligkeit mit Majoritäten zu entscheiden; III. die Erleichterung der Getreideeinfuhr in Theuerungszeiten, bevor noch der Roggen 3 Thlr. kostet und IV. die Begründung von Vereins-Konsulaten, die aus der Kasse des Vereins bezahlt werden und von ihm ihren Vollmachten erhalten.

Berlin, 10. März. [Berechnung der geistlichen Amtsdauer.] Die Veranlassung entstandener Zweifel hat der evangelische Ober-Kirchenrath die königlichen Konsistorien angewiesen, betreffs des Amts-Jubiläums bei Geistlichen, die vor ihrem Eintritte in das Pfarr-Amt resp. vor ihrer Ordination bereits ein öffentliches Schulamt bekleidet haben, schon der Eintritt in dieses Amt in der Regel als Ausgangspunkt für die Berechnung der fünfzigjährigen Amtsdauer eines Geistlichen angenommen werden soll.

C. B. Berlin, 10. März. [Berichtigung und Rechtfertigung.] Unversehentlich Mittheilung über die Vorgänge innerhalb der zweiten Kammer vor dem Beginn der Berathung des Schwurgerichtsgesetzes (Nr. 70 d. 3.) hat uns folgende Berichtigung zugezogen:

„Die im C. B. mitgetheilten „interessanten“ Mittheilungen über Vorgänge innerhalb der Fraktion der entschiedenen Rechten verlieren an ihrem Werth, insofern sie an völliger Grundlosigkeit laboriren. Es ist von einer Deputation an den Vizepräsidenten des Obertribunals, von einem Kompromisse zwischen Mitgliedern der rechten und linken Seite der zweiten Kammer, von einer Beziehung des Hrn.

Justizministers zu den Vorschlägen der Kommission der zweiten Kammer auf Aenderung der Verordnung vom 3. Jan. 1849 eben so wenig die Rede, als eine Spaltung der Fraktion der verschiedenen Rechten jemals zu fürchten oder gar zu heilen gewesen. — Das Wahre an der ganzen „interessanten“ Mittheilung beschränkt sich darauf, daß juristische Mitglieder der Kammer den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, der die Verordnung seit Jahren praktisch gehandhabt, im Interesse der Wissenschaft und der Praxis um seine Ansicht über den Werth der Kommissionsvorschläge nach seiner reichen Erfahrung ersucht haben und der Herr Tribunalspräsident Göze auf diesen Wunsch mit dankenswerther Bereitwilligkeit eingegangen ist, auch der Herr Abg. Bessler, auf erhaltene Einladung, an der Berathung Theil genommen hat.“

Der Einsender dieser „Berichtigung“, Hr. Abg. Nöldechen, der uns die Erlaubniß giebt, ihn zu nennen, erkennt das Wesentliche unserer Mittheilung an. Inwiefern sie hiernach an „völliger Grundlosigkeit laboriren“ kann, geht über unser Verständniß. Die Beziehung des Herrn Justizministers zu den Kommissionsvorschlägen, welche die „Berichtigung“ in Abrede stellt, erhellt aus den Verhandlungen der Kammer selbst, welche täglich den Justizminister und seinen Vertreter veranlassen, diesen Vorschlägen beizustimmen. Diese Beziehung fand schon vor den Plenarverhandlungen statt, indem die Kommissionsvorschläge die Billigung des Ministers schon in der Kommission erhielten.

Wir theilten mit, eine Deputation von juristischen Mitgliedern der Rechten habe sich mit Herrn Bessler zu dem Präf. Göze begeben. Hr. N. bestreitet die „Deputation“, erkennt aber die Thatsache selbst vollkommen an. Hr. N. erklärt: man habe den „Obertribunals-Präsidenten“ um ein Gutachten bitten wollen, er läßt es aber unaufgeklärt:

- 1) warum, wenn es darauf ankam, die höchste Autorität zu befragen, das Gutachten nicht von dem Chef-Präsidenten des obersten Gerichtshofes erbeten wurde,
- 2) warum gerade von demjenigen Vicepräsidenten, dessen Ansichten über die Schwurgerichte und über die bei uns erforderlichen Aenderungen derselben durch die Veröffentlichung seines Votums bereits bekannt waren,
- 3) warum, wenn ein Kompromiß mit der Linken nicht im Werke war, Hr. Bessler, der durch seinen Antrag bereits gegen die Vorschläge entschieden Partei genommen hatte, einer Belehrung also nicht mehr bedürftig sein konnte, zugezogen worden ist,
- 4) wie sich die Aeußerung des Abg. Reichensperger, daß die Rechte dem Antrage Bessler ihre Zustimmung gebe, erklären läßt, und endlich
- 5) woher gleichzeitig mit den berichteten Vorgängen das von Mitgliedern der Rechten Abgeordneten anderer Fraktionen zugelüftete Gerücht entstanden sein mag, daß der Justizminister erstlich wünsche, seine Stelle mit der Präsidentsur beim Appellhofe in Köln zu vertauschen, ein Gerücht, von dem man außerhalb der bezeichneten Kreise nie etwas gehört hat.

[Zur Tages-Chronik.] Der Herzog von Augustenburg befindet sich im Augenblick in Gotha zum Besuche des dort regierenden Herzogs.

Der Rektor der Universität Kiel Prof. Christianfen ist hier angekommen. Im Verhältnis zu andern Orten haben sich die durch die Theuerung der Lebensmittelpreise herbeigeführten Bedrückungen der ärmern Volksklassen hier nur wenig zu erkennen gegeben. Eintheils fehlt es den meisten Arbeitklassen nicht an lohnender Beschäftigung, andertheils hat die strenge Aufrechthaltung des freien Marktvorkaufs ebenso wie die in letzter Zeit so lebhaft verfolgte des Wunders eine gute Wirkung gehabt. Zu vernehmen ist auch nicht, daß durch die von den vornehmern Ständen diesen Winter veranstalteten Festlichkeiten ungewöhnlich viel Geld in der Hauptstadt in Circulation gesetzt worden ist, wie sich andererseits auch für die wirklich nichtblühende Bevölkerung durch Sammlungen, Speisungsvereine u. s. w. die erfreulichste Abnahme herabstellt.

Wie früher erwähnt wurde, sind die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft wegen der von dieser zur Unterhaltung des Gewerberaths zu zahlenden Beiträge klagbar geworden. Die Klage wurde von dem hiesigen Stadtgericht zurückgewiesen.

Es ist in Anregung gekommen, städtischer Seits auf der Spree einige neue Badeeinrichtungen zu treffen. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand sind noch nicht geschlossen, doch glaubt man, daß die Einrichtungen selbst noch in den ersten Sommermonaten ins Leben treten werden.

Zu der von dem „Allgemeinen Polizei-Anzeiger“ des königl. sächsischen Regierungsraths Oberbaurath gemachten Mittheilung: „In London habe eine aus sächsischen deutschen Dienen gebildete Gesellschaft bestanden, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht hätte, die von einigen auswärtigen Regierungen dahin gelangten Polizei-Agenten zu mystifiziren und sich für die ihnen hinterzogenen erdichteten Nachrichten über eindeckte Verschwörungen bedeutende Summen zahlen zu lassen; verschiedene Behörden hätten sich wirklich in diese Falle locken lassen und müßten ihre Unvorsichtigkeit nun bitter bereuen.“ — bemerkt die Pr. Ztg.: „Diese ganze Mittheilung ist, wie hier aus zuverlässiger Quelle versichert werden kann, rein aus der Luft gegriffen, und es muß wirklich befremden, daß ein Blatt, welches darauf Anspruch macht, einen gewissen amtlichen Charakter an sich zu tragen und den verschiedenen Polizeibehörden zur Anleitung zu dienen, zu solchen unwhahren Mittheilungen herbeilassen kann. Der einzige Fall der bezeichneten Art, welcher in London vorgekommen ist, betraf einen Polen, Namens Ceceryn, der den österreichisch-preussischen Polizeibeamten eine Geldunterstützung abzulockern suchte, indem er das Bestehen einer Fabrik falscher Banknoten vorspiegelte. Dieser Betrüger erreichte aber seinen Zweck nicht, indem er sofort entlarvt wurde. Andere Fälle dieser Art sind nicht und namentlich nicht bei den preussischen Beamten vorgekommen.“ — Die „Preussische Zeitung“ weist außerdem auf den vor einigen Tagen in Paris verhandelten Prozeß gegen den Lithographen Chernal und dessen deutsche Genossen hin, der „den eigentlichen Schlüssel zu den Prozeßen, welche in Deutschland noch gegen verschiedene Gruppen derselben Kommunisten-Verschwörung schweben, bilde.“ Diese Prozeße seien „dadurch verzögert worden, daß die betreffenden Originaldokumente sich sämmtlich in Paris befinden haben und dort für eine Absolvierung der betreffenden Untersuchung nicht entlehnt werden konnten.“ Jetzt werde wohl auch in Deutschland die Sache schnell zur Entscheidung gelangen.

[Parlamentärisches.] Die Abgeordneten zur zweiten Kammer Bürger und Genossen (v. Rühlhofen, Bessler, Simson, Fliegel, Stenzel, Gessler, Fubel, Duncker, v. Bardeleben, Graf v. Keller und Genossen (das Schwurgericht betreffend), für den Fall, daß die Anträge des letzteren angenommen werden, einen Verfassungs-Vorschlag gemacht, „der eine möglichst getreue Uebersetzung der Instruktion ist, welche in England im Rathungszimmer der Geschworenen angehängt ist.“ In den Motiven zu diesem Verfassungsvorschlag heißt es: „Um den Zweck der Vorschläge des Abg. Keller und Genossen vollständig zu erreichen und das englische Schwurgerichtsvorverfahren nicht bloß in einigen Punkten, sondern seinem ganzen Geiste gemäß bei uns einzuführen, erscheint es zweckmäßig, den Geschworenen ihren Beruf in derselben Weise einzuschränken, wie dies in England geschieht.“

Die Kommission der zweiten Kammer (Berichterstatter v. Bodelschwingh-Hagen) zur Prüfung der von der ersten Kammer beschlossenen Aenderungen der Art. 40 und 41 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, die Bestimmungen über Leben und Fideikomisse betreffend, hat ihren Bericht erstattet; sie ist für Adoption des unveränderten Beschlusses der ersten Kammer und schlägt vor: „die zweite Kammer wolle beschließen, daß die Art. 40 und 41 der Verfassungs-Urkunde außer Kraft und an deren Stelle als einziger Artikel einfach die Bestimmung zu setzen sei; die Errichtung von Leben ist untersagt. Auf Thronlehen findet die Bestimmung keine Anwendung.“

Die Agrarkommission der ersten Kammer schlägt vor, über den Antrag der Abg. Müller und Graf v. d. Schulenburg, die unter dem Namen der Drainage bekannte Entwässerungs-

Methode des Bodens der besonderen Fürsorge des Staatsministeriums zu empfehlen, und über zwei, denselben Gegenstand angehenden Petitionen „in Erwägung der von dem Regierungs-Kommissarius gegebenen Aufschlüsse über die bisherige Fürsorge für die Förderung der Drainage und in der Erwartung, daß das Ministerium diese Fürsorge so viel als möglich noch erhöhen werde“ zur Tagesordnung überzugehen.

Was die „Spenerische Zeitung“ über ein am Sonntag im Krollschcn Lokale stattgehabtes Abgeordneten-Diners meldete, soll nach der Erklärung des Abg. Graf Häfeler und Meyer „wenig Wahrheit und viel Dichtung“ enthalten. Grundsätzlich sei von diesen geselligen Mittagsmahlen alle Politik ausgeschlossen. Uebrigens hatten auch die Minister von Mantuffel, v. Bodelschwingh und v. Westphalen, so wie der Graf v. Arnim-Boitzenburg und andere an dem Diner Theil genommen. Die Abgeordneten sprachen die Absicht aus, sich in diesem Etablissement jeden Mittwoch zu einem Diner zu versammeln. — Für das Stiftungsfest, welches heute die polytechnische Gesellschaft im Krollschcn Lokal begeht, sind 1530 Couverts bestellt.

Delitzsch, 8. März. Als der Prediger Sachse aus Magdeburg gestern Nachmittag in der Versammlung der hiesigen freien Gemeinde etwa 5 Minuten gesprochen hatte, unterbrach ihn der anwesende Polizeibeamte, Assessor Katholi, mit den Worten: „das ist kein religiöser Vortrag!“ und löste die Versammlung auf. Sachse hatte in einigen einleitenden Sätzen ausgesprochen, daß die freien Gemeinden in der Sehnsucht nach dem Idealen, die sich als Triebkraft zu einem sittlichen Leben erweise, ihre Religion fänden. Der oben erwähnte Beamte gab als Merkmal des nicht religiösen Charakters an dem Vortrage das an, daß kein Bibelspruch in demselben vorgekommen sei und überhaupt Alles anders, als in der Kirche gelauret habe. — (Die Red. der Magd. Z. bemerkt hierzu: Der gestrige Bericht über die Begegnisse des Prediger Sachse in Halle bedarf, wie uns mitgetheilt wird, insofern einer Berichtigung, als Herr Sachse weder die Absicht gehabt habe, noch es ihm gewehrt worden sei, eine Anrede an die im Bahnhofgebäude zahlreiche Versammelten zu halten.)

Danzig, 7. März. [Haus suchungen und polizeiliche Versammlungsaufösungen] gehören für unsern Ort glücklicherweise zu den größten Seltenheiten. Um so größer ist das Aufsehen, welches jedes derartige Ereigniß erregt. In der verfloffenen Woche haben wir von Beidem hören müssen. Die erstere betraf einen hiesigen Fabrikbesitzer, bei dem man einen streng verfolgten politischen Flüchtling aufzufinden vermeinte. Die Haus suchung blieb hier jedoch erfolglos. Das zweite Ereigniß, die Auflösung, betraf am 5. d. eine Gemeindeversammlung der hiesigen Christkatholiken. — Der Justizfiskus hat gegen die hiesige Kommune Ansprüche auf Vergütung von Reisekosten für Geschworene und Gerichtspersonen bei den Schwurgerichten gemacht. — Die städtischen Behörden halten dafür, daß sie zur Zahlung dieser Kosten nicht verpflichtet sind, und haben bereits gegen die erwähnten Ansprüche die nöthigen Schritte beim Justizminister gethan. (Königsb. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 8. März. [Vom Bundestag.] In der vorgestrigen Bundestagsitzung wurden die Anträge vom 16. Februar, bezüglich der deutschen Flotte, zum Beschluß erhoben. (Diese Beschlüsse haben wir nach der „Leipz. Z.“ bereits wörtlich mitgetheilt.) — Preußen, heißt es, habe nun zur Erhaltung derselben durch den Nordseeflottenverein sehr annehmbare Vorschläge gethan, und es werde von Hannover und seiner deutschen Gesinnung abhängen, daß der von ihm selbst gewollte, ohne Preußen nicht erreichbare Zweck durchgeführt werde. — Der holstein-lauenburgische Bundestagsgesandte, v. Bülow, gab vorgestern die erste Soiree. — Der Bericht der betreffenden Bundeskommission über die kurhessische Verfassungsfrage wurde vorgestern vertheilt. Er geht auf Annahme der durch die Bundeskommissäre eingereichten Vorschläge zur Abänderung der kurhessischen Verfassung von 1831. Auch über die bremische Verfassungsfrage ist vorgestern — wie schon angedeutet — Beschluß gefaßt, und es geht ein Bundeskommissär nach Bremen, die Revision der dortigen Verfassung in Gemäßheit des die Grundrechte aufhebenden Bundesbeschlusses vom 23. August 1851 zu überwachen und zu fördern. — Die Aufforderung der Bundesversammlung an das hannoversche Ministerium zur Rückäußerung über die an erstere gelangten Beschwerden der hannoverschen ritterschaftlichen Provinzial-Landschaft ist dem Vernehmen nach von letzterem ablehnend beantwortet worden. (S. Hannover.) — Der offizielle Staatskalender der „freien Stadt Frankfurt“ bringt die hiesige österreichische, preussische und bayerische Besatzung als stehende Garnison der Stadt Frankfurt unter einer eigenen Rubrik. (N. Pr. Z.)

Es ist bereits erwähnt, daß Preußen den Antrag auf vollständige und unverzügliche Publikation der Bundesverhandlungen gestellt hat. Die „Preuß. Z.“ theilt den Antrag des preussischen Gesandten beim Bundestage vollständig mit; am Schlusse desselben heißt es: „Der Gesandte trägt hiernach darauf an, hohe Bundesversammlung wolle beschließen, daß in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 14. November 1816 die Protokolle der Bundesversammlung künftig sofort nach dem Druck und zwar durch eine besondere Sammlung veröffentlicht werden.“

Der „Wes. Z.“ zufolge wird der Bundeskommissar, der zur Regelung der bremischen Verfassungsangelegenheit nach Bremen gesandt werden soll, ein hannoverscher Beamter sein. Demselben Blatte schreibt man von hier: Hierher gelangten Nachrichten aus Kiel gemäß wird die dänische Regierung in dem deutschen Bundeslande Holstein jetzt auch die deutschen Subalternoffiziere des holsteinischen Bundeskontingents entlassen, um Dänen an ihre Stelle zu setzen. Dies nicht zu thun, hatte sie sich noch vor wenig Wochen verbindlich gemacht, kaum sind aber die Oesterreicher fort, so bricht sie ihr Wort und thut was ihr beliebt.“

Dresden, 10. März. Das Ministerium des Innern hat unterm 28. Februar eine Bekanntmachung über das Quotalverhältniß, nach welchem für jetzt Abschlagszahlungen auf festgestellte Entschädigungsansprüche für weggefallene gutherrliche Rechte zu leisten sind, erlassen. Die Gesamtsumme der innerhalb der vorgeschriebenen Präklusivfrist angemeldeten Entschädigungsansprüche beträgt nach dem Dresdner Journal 712,057 Thlr., übersteigt also den durch das Gefes vom 15. Mai 1851 festgesetzten Maximalbetrag von 500,000 Thln. um 212,057 Thlr. Von dieser Hauptsumme sind 265,754 Thlr. von Rittergütern, Herrschaften u. 446,303 Thlr. aber von (54) Städten liquidirt worden, zusammen 712,057 Thlr.

**** Kassel, 9. März.** [Die Wahlen.] Unser Zustand, schon seit Jahr und Tag ein ganz abnormer, bietet jetzt ein Schauspiel dar, welches eben so wie Alles übrige, seines Gleichen noch nicht gehabt haben mag. Mitten im Kriegszustande, ohne Verzicht und ohne die geringste Beihilfe der Presse, eine förmliche Wahlschlacht, die mit einer Theilnahme, ja einer Erbitterung gekämpft wird, wie wir sie hier noch niemals erlebt. Gestern hat nämlich die Wahl der Mitglieder des Bürger-Ausschusses begonnen und wird volle zwölf Tage in Anspruch nehmen. Während die

Anhänger der dormaligen Regierung das volle Vereinsrecht üben und sich im alleinigen Besitze der Presse befinden, stehen von beiden den Bürgern keins zu Gebote. Ohne Genehmigung des Oberbefehlshabers darf nämlich nichts die Presse verlassen und vertheilt werden. Da nun eben dadurch, daß alle Vereine aufgelöst sind, keine gemeinschaftlichen Partei-Kandidaten-Listen aufgestellt werden konnten, so sind solche Listen fast in allen einzelnen Zirkeln angefertigt worden, die doch im Wesentlichen übereinstimmen und die Vielfältigkeit geschieht meist von der lieben Jugend, die allenthalben sich mit Abschreiben beschäftigt und so die Presse zum Theil ersetzt. Erst noch im letzten Monat hat man die benachbarten hannoverschen Pressen benutzt. Die Gegenpartei hat dagegen ihre Liste, was noch niemals geschehen, durch das offizielle Wochenblatt der Provinz Niederhessen nicht allein veröffentlicht, sondern einen besondern Abdruck davon veranlaßt, welcher allenthalben verbreitet und auch den Behörden mitgeteilt worden ist. Außerdem ist den Behörden durch ein Ausschreiben des Ministeriums aufgegeben worden, daß alle zur Wahl berechtigten Staatsdiener sich bei derselben betheiligen sollen. Keine Entschuldigung für die Nichtbetheiligung soll gelten. Die dringendsten Arbeiten sollen liegen bleiben und nicht als Entschuldigungsgrund gelten. Diejenigen Staatsdiener, welche durch Krankheit verhindert sein sollten, sich bei der Wahl zu betheiligen, sollen das durch ein ärztliches Zeugniß belegen, widrigenfalls das Krankmelden als Ungehorsam angesehen wird. Und trotz all diesem hoffen wir zu siegen. Die Garde stirbt, aber sie ergiebt sich nicht! —

Durch Ausschreiben der oberen geistlichen Behörde ist verfügt worden, daß kein Pfarrer die etwa auf ihn fallende Wahl zum Mitgliede einer Gemeindebehörde annehmen darf. — Einem hier allgemein verbreiteten Gerüchte nach soll der Kurfürst durch ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Preußen die Einladung erhalten haben, auf einige Zeit nach Berlin zu kommen.

Hannover, 8. März. Die Nachricht mehrerer Zeitungen, daß kürzlich von der hiesigen Regierung eine anderweitige Erklärung über die provinziallandschaftliche Frage nach Frankfurt abgegangen und darin die Kompetenz der Bundesversammlung beanstandet sei, ist, wie die „Hann. Ztg.“ vernimmt, „aus der Luft gegriffen“.

Bremen, 8. März. Der Bahnhof ist jetzt beständig bei Ankunft der Züge von Neugierigen belagert, welche die erwarteten Bundeskommissäre sehen wollen. Die ankommenden Reisenden werden mit Fragen bestürmt und so geht hier schon das Gerücht, die verdener Husaren machten sich marschfertig, um gleichzeitig mit den Bundeskommissären einzurücken. — Auch dem zweiten Antrage des Staatsanwalts, Dulong zu verhaften, ist vom Gericht nicht willfahrt worden; dagegen ist Dulong vor das Kriminalgericht geladen und ihm bedeutet worden, daß sich das Kriminalgericht genöthigt sehen würde, ihn zu verhaften, falls er fortfähre, „in bisheriger Weise von der Pressfreiheit Gebrauch zu machen.“ Am Mittwoch wird seine Angelegenheit auch in der Bürgerschaft zur Sprache kommen. Das Bürgeramt hat einem Antrage, die Suspension des Pastors Dulong betreffend, eine der ersten Stellen auf der Tagesordnung gegeben.

Altona, 9. März. Das Werk der staatlichen Danisirung Holsteins, einmal in Angriff genommen, schreitet rüstig vorwärts; schon sieht man die dänischen Farben an Thürnen und Schildern prangen; im administrativen Verkehre treten die dänischen Insignien, im privaten und kommerziellen Verkehre die dänischen Stempel wieder hervor. Dem Grundsatz der gesamtstaatlichen Einheit muß die deutsche Besonderheit in der Uniformierung des Contingents weichen, und der Ischako tritt an die Stelle des preussischen Helms. Die früheren Bezeichnungen der militärischen Chargen, Kommandeur-Sergeant für Feldwebel, Oberjäger für Gefreiter, Unterjäger für Soldat sind wieder eingeführt. Nur das Kommando, das im Vormärz dänisch gehandhabt wurde, ist noch deutsch, eine einzige dürftige Errungenschaft, die auch bald der unwiderstehlichen Strömung der fremdländischen Reaktion erliegen dürfte. Denn es ist leicht vorauszusagen, daß alles Vormärzliche zurückkehren wird; nur das Blut der 8000 braven Deutschen wird nicht zurückkehren, das vergossen worden ist, um dasjenige auf immer fern zu halten, was jetzt gewaltsam wieder hergestellt wird. (Const. 3.)

Oesterreich.

L. N. Wien, 10. März. [Tagesbericht.] Das Sanitätsgericht für sämtliche Küstenstriche des adriatischen Meeres, dessen Errichtung auf dem Sanitätskongresse in Paris beschloffen wurde, soll, dem Vernehmen nach, nach Venedig kommen. — Noch im Laufe dieser Woche werden beim Kriegsministerium die Beratungen über die projektierte neue Verrechnungs-Modalität der Armee fortgesetzt werden. Die beratende Kommission ist aus den Kriegsministerialräthen, Generalen, Hofräthen, des General-Rechnungs-Direktoriums, mehrerer felbkriegskommissariatischen Oberbeamten und Vorstehern der Hof-Kriegsbuchhaltung, nebst zwei Rechnungsräthen der letztgenannten Kontrollstelle zusammengesetzt. Nach dem vorliegenden Antrage soll ein großer Theil des Kontrolpersonals in die Provinzen versetzt werden. — Im Gremio der Hof-Kriegsbuchhaltung stehen durch eintretende Jubilationen große Veränderungen bevor. Wegen Besetzung einer erledigten Hof-Vicebuchhalterstelle wird demnächst der Vortrag an den Kaiser gremialiter berathen werden. Der Personalstand dieser wichtigen Kontrollstelle zählt gegenwärtig nahe an 500 Köpfe, die täglich durch 7 Stunden ununterbrochen sich in sieben Departements dem Kontrolldienste widmen.

Nächstens wird eine weitere Errichtung von Filialen der Nationalbank erfolgen, und dürften derlei Institute auf alle bedeutende Handels- und Verkehrsplätze der Monarchie ausgedehnt werden.

Seit dem Jahre 1830 hat sich der Briefverkehr in Oesterreich auf mehr als das Vierfache gehoben. In Böhmen sind im Jahre 1830 im Ganzen 1,886,494, im Jahre 1849 aber schon 4,007,023 Briefe expedirt worden.

Ueber den Tod des Marschall Marmont schreibt man aus Venedig Folgendes: Die Hoffnungen, welche die beiden Aerzte des Marschalls, Prof. Namias und Dr. Friedländer, noch am 2. d. für die Erhaltung seines Lebens hegten, zeigten sich bald als trügerisch. Gegen Mittag traten die Symptome der Gehirnkongestion wieder in den Vordergrund, die edlen Organe versagten ihren Dienst, und nach einem Kampfe, der die ganze Nacht dauerte, verschied er am 3. d. 9 Uhr Vormittags, nachdem er eine Stunde früher sich im Zimmer herumführen ließ. Sein Sterbebett umstanden mit thränenden Augen der Abbe der Herzogin v. Berry, der Pfarrer des Kirchensprengels, wo er wohnte, sein Haushofmeister Mons. Barbier, Dr. Friedländer, die Gräfin Esterhazy und die Gräfin Stürmer. Sein Tod hat in Venedig große Sensation erregt. Während seiner kurzen Krankheit war das Hotel belagert von Menschen, die den höheren Ständen angehören und Nachrichten über sein Befinden einholten. Der Kaiser,

der Großfürst und die Großfürstin, der Erzherzog Maximilian ließen Erkundigungen einziehen. — Sein Körper wird nach einer neuen Methode, die er schriftlich hinterlassen, einbalsamirt, um später seinem Wunsche gemäß nach Frankreich transportirt zu werden. Vorläufig wird in Venedig am 11. d. das Leichenbegängniß mit allen militärischen Ehrenbezeugungen, wie es der Kaiser befohlen, stattfinden.

Italien.

Rom, 1. März. Se. Majestät der Kaiser Franz Joseph scheint sich in Italien populär machen zu wollen. Sein in so kurzer Zeit wiederholter Besuch bei uns hat eine unverkennbare Absichtlichkeit, welche auf die öffentliche Meinung berechnet ist. Der junge Fürst theilt mit allen seinen Vorfahren jenen unwiderstehlichen Zug nach Italien, der schon den alten deutschen Kaisern so verderblich wurde. Um die Alpen eine unsichere Herrschaft zu behaupten, werden jenseits oft die reifsten Vortheile aufgeopfert. Wenn die Italiener sich schon mit den Gibellinen nicht verschönnen konnten, um wie viel weniger mit den Habsburgern! Zudem haben sich die Verhältnisse sehr geändert. Man unterscheidet jetzt recht wohl die Tedeschi von den Austriaci, und dies selbst auch in den untern Klassen des Volkes. Ein Deutscher, d. h. Nichtösterreicher, darf sich hier allerwärts der besten Aufnahme gewärtigen, und in Piemont zumal gelten die Preußen als gute Freunde. Die Bestrebungen der deutschen Einheits-Partei wurden bei den einsichtsvollen Patrioten mit den aufrichtigsten Segenswünschen beglückt, und das frankfurter Parlament, so wie selbst später die Union hatten sich in Italien sehr warme Verehrer erworben. Herrn v. Gagerns berühmte Rede über die §§ 2 und 3 der Reichsverfassung, bezüglich der Personal-Union, und seine Anerkennung (?) eines unabhängigen Italiens sind mir an verschiedenen Orten als eine Autorität angeführt worden. Die Folgerung, daß ein einiges Deutschland den österreichischen Centralstaat aufhebe, liegt zu nahe, als daß sie den Italienern entgehen könnte. Freilich, dies sind jetzt alles Fragen geworden, die in weitem Felde liegen; allein ein unglückliches Volk, wie das italienische, hält sich noch immer an den Schein der Hoffnung. Der Kaiser soll den Venetianern die Aufhebung des Belagerungs-Zustandes und den Sitz der Admiralität und des Marine-Kommandos versprochen haben. Mit 12,000 Mann Garnison und einem Kranze von Forts und Etadellen läßt sich eine Inselstadt allenfalls behaupten. Auf dem Festlande wird man sich wohl hüten, in der Strenge des Kriegszustandes nachzulassen, und Kadesky, welcher in dieser Beziehung Land und Leute wohl kennt, dürfte sich etwaigen Anwandlungen der souveränen Gnade gewiß widersetzen. Die Einsicht der Vergeblichkeit der Opfer hält für jetzt Jedermann von einem Ausbruche zurück; aber der Haß und die Erbitterung sind darum nicht verfühnlischer geworden, weil sie sich tief im Innern verborgen müssen. Und wenn die Regierung die Lombarden mit Gold überschütten und ihr die freiesten Institutionen gewähren wollte, sie würde doch mit dem wildesten Nachgefühle eine zweite sizilianische Vesper vollziehen, sobald sie es vermöchte. Ein Offizier, der seinen Abschied genommen, sagte mir vor Kurzem folgende treffende Worte: „Wir sind unserer Selbstvertheidigung wegen zu Härte und Grausamkeit gezwungen; nur die Furcht vor dem Strick und der Knute kann uns die Provinz erhalten. Das ist die einzige Rechtfertigung unserer Politik; aber ich gestehe, daß dazu Nerven gehören, die nicht Jedermann gegeben sind.“ — Briefe aus Florenz melden, daß die österreichische Partei den Herzog beharrlich zu dem Schritte einer Thronentsagung dränge, um alsdann tief greifende Aenderungen in der territorialen und politischen Lage des Landes vorzunehmen. (Köln. 3.)

Neapel, 24. Februar. Man bemerkt hier (sehr verfrühte) Besorgnisse von dynastischen Ideen und Absichten. Schon verbreitet sich die Nachricht, daß die Marquise Pepoli, die Tochter Murats, von der hiesigen Regierung 7 Millionen Fr. erhalten werde (?), eine alte Forderung des Vaters an Neapel, welche neuerdings durch den Cousin der Marquise, den Präsidenten, geltend gemacht worden sei. Diese Tochter des Königs lebt in Bologna, und hat einen Theil ihres Vermögens verloren. Eine Tochter von ihr hat den Fürsten Ruspoli in Rom, eine andere den Grafen Taddei in Bologna geheirathet. (A. 3.)

Frankreich.

Paris, 8. März. [Tagesbericht.] Wie wir hören, wird der Präsident den legislativen Körper am 29. l. M. persönlich eröffnen.

Man versichert, daß General Cavaignac fest entschlossen ist, den erforderlichen Eid nicht zu leisten. Ob er persönlich diese Erklärung im legislativen Körper abgeben wird, muß dahingestellt bleiben.

Heute ist das Ergebnis der allgemeinen Wahlen vollkommen bekannt, mit Ausnahme der Wahlen auf Korfika, über deren Resultat jedoch kein Zweifel walten kann. Vier Kandidaten gehören der Opposition an, fünf Wahlen müssen neuerdings vorgenommen werden. Die eine in Dinan (Departement der Nordküsten), dann in Paris, Lyon, Nantes und endlich in Claremont wegen der Doppelwahl des Grafen v. Morny im Puy-de-Dome. Zweihundertsechszig von der Regierung empfohlene Kandidaten sind erwählt worden.

Der Oppositionskandidat für die Nachwahl am 14. l. M. in Lille hat an das Journal „La Liberté“ in Lille einen Brief geschrieben, worin er meldet, daß er im Interesse der Beruhigung und Pacifikation und um dem Geiste der Mäßigung, den er stets vertreten, treu zu bleiben, von seiner Kandidatur abstehe. In Nantes hat sich Herr Braheir, der Kandidat der gemäßigten Linken, gleichfalls zurückgezogen, indem er seine Freunde aufforderte, ihre Stimmen auf den Regierungskandidaten Ferd. Faure zu übertragen.

Der Ex-Repräsentant Mathieu de la Drome, der in Folge des Ablebens seiner Mutter die Erlaubniß erhalten, einige Tage in Frankreich sich aufhalten zu dürfen, ist nach Savoyen gereist, wo er ferner zu bleiben gedenkt.

Im Elisee war gestern ein großes Bankett veranstaltet, wozu Louis Napoleon die Mitglieder des Staatsraths geladen hatte. Die meisten Gäste trugen bereits das neue offizielle Kostüm und die Versammlung bot daher einen neuen, außergewöhnlichen Anblick. Der Prinz-Präsident unterhielt sich sehr eifrig mit dem Präsidenten des Staatsraths, Herrn Baroche, was sehr bemerkt wurde. Ganz besonders freundlich empfing der Prinz Herrn Michel Chevalier. Das Bankett war sehr glänzend. Nächstens soll ein noch weit prächtigeres veranstaltet werden, zu dem sämtliche Mitglieder des Senats geladen werden.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.)

Die „Presse“ will mit Bestimmtheit wissen, daß Chasseloup-Laubat zum Präsidenten des legislativen Körpers und Billault zum Vicepräsidenten desselben ernannt werden wird. Es dürfte nächstens ein Dekret erscheinen, welches verfügt, daß der Vorstand des Anwaltsstandes in Zukunft nicht aus der Wahl der Advokaten hervorgehen, sondern von dem General-Prokurator ernannt werden soll.

Ein anderes Gerücht sagt: daß eine Conversion der 5proc. Rente bevorstehe. Wir hören, daß mehrere schweizerische Stabsoffiziere, die sich in Paris befanden, von ihrer Regierung Befehl erhalten haben, sogleich zurückzukehren.

Ein gouvernementales Abendblatt, der „Moniteur parisien“, hat zu erscheinen aufgehört.

Paris, 7. März. [Die Kaiseridee.] Der „Heraldo“, der der französischen Regierung gerade nicht sehr freundlich gesinnt ist, bringt in seiner letzten Nummer eine russische Note an die französische Regierung, die, in sehr scharfen Ausdrücken abgefaßt, gegen die kaiserlichen Ideen protestirt. Diese Note ist nicht echt. Die russische Regierung hat zwar in Bezug auf obigen Gegenstand der französischen Regierung Mittheilungen gemacht, jedoch keineswegs schriftlich, sondern nur mündlich. Die Regierung Louis Bonaparte's hat jedoch, wie man versichert, Rußland sehr beruhigende Versicherungen gegeben. In der Antwort, die der Präsident der Republik durch den Minister des Aeußern, Turgot, hat ertheilen lassen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß man nach dem 2. Dezember mit großer Leichtigkeit das Kaiserreich habe proclamiren können. Man habe dieses jedoch unterlassen, weil man keineswegs die Absicht habe, an die Stelle der Republik das Kaiserreich zu setzen. Es läge daher gar kein Grund vor, dieses später zu thun, da man jedenfalls den günstigsten Augenblick habe vorübergehen lassen. Diese Erklärungen mögen mehr oder weniger aufrichtig gemeint sein; man darf jedoch nicht übersehen, daß am 2. Dezember die Armee allein Alles thun konnte und man nicht noch in eine abhängigere Lage kommen wollte, indem man Frankreich einen Kaiser gab, statt ihm seinen Präsidenten zu lassen. Was die frühere oder spätere Proklamation des kaiserlichen Regime's, das nur dem Namen nach nicht, sonst aber besteht, anbelangt, so kann man natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen, daß Louis Bonaparte die kaiserliche Krone auf sein Haupt setzen wird. Geschichte dies aber, so wird man unter allen Umständen gewisse loyale Formen beobachten. Der Senat wird in einer Botschaft an die Deputirtenkammer den kaiserlichen Titel für den Prinz-Präsidenten verlangen. Diese wird sich dafür erklären, wie man bei der Zusammensetzung des gesetzgebenden Körpers mit Sicherheit annehmen kann, und ein Votum à la 20. Decembre dem Antrage die letzte Weihe geben. (R. 3.)

Manche bezweifeln, daß Louis Napoleon so bald sich zum Kaiser proclamiren lassen würde. Man erzählt sich, daß er einem Mann, der das Recht hat, freimüthig mit ihm zu sprechen, und der ihm von den ehrgeizigen Absichten sprach, welche die Engländer ihm zuschreiben, unter andern sagte: „Nur Europa kann mich zwingen, den Titel eines Kaisers anzunehmen, den man ihm als Schreckbild vorhält.“ „Wie meinen Sie das, gnädiger Herr?“ — „Wenn man mich durch eine Kriegserklärung zwingt, über unsere Grenzen zu rücken, denn mit einem Heer, wie das unsere, möchte ich mein Schlachtfeld mir wählen.“ (A. 3.)

Großbritannien.

London, 8. März. [Die Abreise des französischen Gesandten. — Nachrichten vom Kap. — Dampfschiffverbindung mit Indien. — Vermischtes.] Die am Sonnabend Abend plötzlich erfolgte Abreise des französischen Gesandten, Grafen Walewsky sammt Gemahlin, hat zu einer Menge der sonderbarsten Gerüchte Veranlassung gegeben, und man war vielfach der Ansicht, daß ihr wichtigere Motive als bloße Privatgeschäfte unterlagen. „Morning Post“ glaubt indessen heute versichern zu können, daß der Graf Ende dieser Woche wieder in London eintreffen wird, während „Daily News“ — gerüchtweise — von dessen Replacierung durch Hrn. de Turgot spricht.

Auf der Börse herrschte heute eine bemerkbare Flaute, und englische Fonds wichen sogar um $\frac{1}{8}$; großentheils in Folge der Gerüchte, zu denen die plötzliche Abreise des französischen Gesandten mit seiner Gemahlin Veranlassung gab.

Durch den Kauffahrer „Windsor“ haben wir Nachrichten vom Kap bis zum 9. Januar (somit 12 Tage später als durch die letzte Post). Die Berichte vom Kriegsschauplatz sind etwas weniger allarmirender Natur, obwohl von einem entscheidenden Manöver noch immer nicht die Rede ist. Am 21. und 23. Dezember hatten die britischen Truppen dem Feinde 13,000 Stück Hornvieh abgejagt; die Jingoes hielten treu zu den Engländern; Major Wilmot, der im Fort Peddie kommandirte, war am Neujahrstage, als er eine Attaque im Gehölze des Fischflusses gegen den gefürchteten Sandbilla unternahm, an der Spitze seiner Kolonne getödtet worden. Im Ganzen sollen die Truppen sowohl wie die Kolonisten an Vertrauen gewonnen haben und Sandbilla von seiner drohenden Position zurückgewichen sein. Letzteres bedarf jedoch noch sehr der Bestätigung.

Der Standard schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß der Friede auf dem Kap geschlossen sein wird, noch bevor der neuernannte General Cathcart dort angekommen ist.

So werde Sir Harry Smith auf eine glänzende und für das allgemeine Wohl erfreuliche Weise sich an Earl Grey rächen, dessen Sprache gegen den verdienten Feldherrn keines wohlherzogenen Gentleman, geschweige eines Ministers, würdig war. „Daß die Regierung Derby's dem Sir Harry Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, kann Niemand bezweifeln; seinen whiggischen Verfolger hat die Gerechtigkeit bereits ertödtet.“

Es heißt, daß Kapitän W. Peel, Sohn Robert Peel's, bei den bevorstehenden Wahlen als liberaler Kandidat für Westminster auftreten wird. Das Andenken an seinen Vater würde ihm daselbst eine große Partei sichern.

Die Vorschläge der „Peninsular und Oriental Steam Navigation Company“ in Betreff einer besseren und schnelleren Dampfschiffverbindung mit Indien, China, Egypten und dem mittelländischen Meere sind von der Admiralität definitiv genehmigt worden, und die Konkurrenz der englischen Gesellschaft mit den österreichischen Lloyd-Dampfern tritt somit in ein neues Stadium. Der Dienst der Gesellschaft erstreckt sich, dem angenommenen Plane gemäß, auf folgende Linien: a) Von

England nach Alexandrien und zurück monatlich; legen in Gibraltar und Malta an und stehn mit einer Branche von Marseille nach Malta in Verbindung. b) Dieselbe Route in jedem Monat. c) Von Surz nach Kalkutta und Hongkong und retour, monatlich, legen in Aßen und Point de Galle an, von wo ein Dampfer nach Madras und Kalkutta, ein anderer nach Penang, Singapore und Hongkong abgeht. d) Dieselbe Route in jedem Monat. e) Von Singapore nach Sidney und retour, in jedem zweiten Monat, legen in Batavia, dem Schwanenfluß, Georgesfund, Adelaide und Port Phillip an. Somit wäre eine vierzehntägige Kommunikation zwischen England — Southampton — und China hergestellt und der Dienst von Malta und Marseille nicht mehr durch Regierungsdampfer zu versehen. Laut Kontrakt haben die Schiffe, mit Ausnahme der zwischen Singapore und Sidney, durchschnittlich wenigstens 10 Knoten per Stunde zu machen und mindestens von 1100 Tonnen Gehalt zu sein. Dafür bekommen sie auf den angegebenen 5 Linien zusammengenommen vom Gouvernement 199,600 Pf. jährlich für den Postdienst etc. Die Dauer des Kontraktes erstreckt sich bis auf das Jahr 1861, also auf 8 Jahre nach Erlösung des alten Kontraktes. Die Gesellschaft hat sich das Recht vorbehalten, eiserne Dampfboote zu verwenden.

Die Bandmänner-Behme in Irland nimmt von Tag zu Tag einen gefährlicheren Charakter an. Sie verbreitet sich durch alle Schichten der Gesellschaft; ihre Drohungen werden respektirt, weil sie selten unausgeführt bleiben, und ihr Arm reicht weit, wie in den Zeiten des alten geheimen Gerichts. Es fehlt in englischen und irischen Blättern leider nicht an traurigen Beispielen, um diese Behauptungen zu beweisen; dem deutschen Leser genüge es, zu erfahren, daß Gutsbesitzer und andere Individuen, die sich den Haß der agrarischen Uebelthäter zugezogen haben, gegenwärtig es nur dann wagen können, ihre Wohnungen zu verlassen, wenn sie bis an die Zähne bewaffnet sind, daß sie bei weiteren Exkursionen gezwungen sind, sich von bewaffneten Konstablern begleiten zu lassen. Aber selbst bis in das Innerste der Häuser dringt die Mache des geheimen Gerichts und der Herr darf seinem Diener nicht trauen, wofem dessen Treue durch langjährige Dienste nicht über jeden Zweifel erhaben ist.

In Nybe (Insel Wight) starb vorgestern der Vice-Admiral Sir W. A. Montagu. Er hatte 23 Jahre lang, meist in der Kriegszeit, auf dem Wasser gedient.

Griechenland.

Athen, 2. März. [Ein vereiteter Insurrektionsplan.] Die Ausweisung des polnischen Generals und seiner 16 Begleiter, und die letzten Donnerstag erfolgte plötzliche Entfernung der übrigen polnischen Flüchtlinge, so daß im Ganzen nur mehr 5 — 6 solcher Individuen in Griechenland sein dürften, beschäftigt noch immer lebhaft die Gemüther und die verschiedenartigsten Gerüchte werden geheimnißvoll mitgetheilt. Seit mehreren Tagen erzählt man, daß ein nächtlicher Aufstand stattfinden werde, mit dem Zweck, die Konstitution zu stürzen. Mehrere Oberoffiziere, die selbstständige Kommandos haben, erhielten anonyme Briefe, in denen ihnen Tag, oder vielmehr Nacht und Stunde und Absicht angezeigt wurde. Die Militärbehörden ergriffen jede Maßregel, um alle Versuche zur Unordnung sogleich niederzuschlagen. Zahlreiche Patrouillen durchstreifen die Stadt. Das Militär blieb die ganze Nacht wach, um auf das erste Zeichen auszurücken. Allein Nacht und Stunde ging vorüber, und nichts regte sich. Diese Thatsachen sind scheinbar sehr einfach, aber die Erklärung ist verwickelter. Daß die Blätter schweigen oder leicht darüber hinweggehen, ist ein bezeichnendes Symptom, weil vorauszusetzen ist, daß sie mehr davon wissen. Diejenigen, welche schweigen, sind die unterrichteten. Es ist nicht zu leugnen, daß die Konstitution bei der Mehrzahl der Denkenden schon längst in 'Miskredit kam, und daß ein anderer Theil sich nach Veränderung sehnt, um dabei zu gewinnen. Dies genügt aber nicht, den Versuch eines Aufstandes zu erklären, bei dem es nicht ohne Blutvergießen bliebe, und der bei dem bekannten Entschlusse des Königs, die Konstitution aufrecht zu erhalten, und jeden Versuch zum Umsturz derselben mit Waffengewalt zurückzuschlagen, scheitern müßte. Sollte aber zu diesem angeblichen Zwecke, dennoch eine Bewegung stattfinden, so verfolgt sie gewiß ein anderes Ziel, und unter dem Vorwande, die absolute Monarchie herzustellen, beabsichtigt sie eigentlich die Anarchie. — Die Kammer bemächtigte sich der umlaufenden Gerüchte und ein Deputirter machte den Vorschlag zur Einbringung eines Gesetzesentwurfes, der die Regierung ermächtigt, jede Verunglimpfung der Konstitution, der Kammer und Deputirten, jeden Angriff gegen dieselben, sei es durch Wort oder durch That, durch Verfassung unschädlich zu machen. Der Justizminister erwiderte, daß die Regierung keines so veratorischen Gesetzes bedürfe, da die bestehenden vollkommen hinreichen; — hätte gestern ein solches Gesetz Kraft gehabt, so hätte er, der Justizminister, den Deputirten, welcher diesen Vorschlag machte, festnehmen lassen müssen (Anspielung auf die Verhandlung über die polnischen Flüchtlinge). — Die Dokumente, welche zur Ausweisung der Polen führten, hat die Regierung der Kammer in Uebersetzungen mitgetheilt und sie sind auch schon in mehreren Blättern gedruckt. (Auch wir erwähnten derselben schon vor längerer Zeit.) Sie tragen unverkennbar den Stempel Mazzinischer Fabrikate.

Osmanisches Reich.

[Die türkisch-egyptische Frage.] Die „Trierer Zeitung“ meldet in einem Detailbericht aus Konstantinopel vom 28. Febr.: daß die türkisch-egyptische Frage neuerdings sich zu verwickeln beginne. Der englische Konsul zu Alexandrien habe dem britischen Gesandten bei der Pforte, Sir Stratford Canning, eine Note mit der Erklärung des Vize-Königs Abbas Pascha zugesandt, nicht für die Sicherheit der Reisenden garantiren zu können, wenn die Pforte ihm das Recht über Tod und Leben nimmt. Die Arbeiten an der Eisenbahn stocken; die Briten in Egypten richteten ein Gesuch an Sir Stratford Canning, sich der Sache anzunehmen. In Folge dessen hat letzterer bereits mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Pforte eine Besprechung gehabt. Das Ergebnis derselben ist noch nicht bekannt.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 11. März. [Die Bemühungen des Oberbürgermeisters Elwanger um die Erhaltung des Stadt-Konsistoriums.] Das hiesige

Stadt-Konfistorium, eine alte Institution mit mehreren Vorrechten und ausgedehnteren Befugnissen, als die Superintendenturen es sind, wie z. B. zu Dispensations-Ertheilungen mannigfacher Art ermächtigt, hat bekanntlich in der neuern Zeit eine Erschütterung erlitten und sogar einen Zeitungs-Krieg hervorgezogen. Da nach der alten Bestimmung der jedesmalige Chef des Magistrats auch Vorsitzender des Stadt-Konfistoriums sein soll und, nach Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung, der zufolge auch einmal ein Magistrats-Chef, der dem christlichen Bekenntnisse nicht angehört, wenigstens nicht unmöglich ist, aber auch ein Katholik vom Präsidium im Stadt-Konfistorium notwendig ausgeschlossen bleiben muß, so war schon um deswillen, abgesehen von allen anderen nicht mehr zeitgemäßen Vorrechten und Einrichtungen, der Fortbestand des Stadt-Konfistoriums selbst sehr in Frage gestellt. Der in dieser Angelegenheit zwischen dem Stadt-Konfistorium und den kirchlichen Aufsichtsbehörden geführte Schriftwechsel ist zum Theil wenigstens ebenfalls in die Oeffentlichkeit gelangt, ohne daß sich jedoch ein bestimmtes Ergebnis präjudizieren ließe. — Wie man aber jetzt in sonst wohlunterrichteten Kreisen wissen will, lasse sich der Herr Oberbürgermeister Elwanger die Erhaltung des Stadt-Konfistoriums, dessen Vorsitzender er gegenwärtig ist, sehr angelegen sein, und habe es dahin gebracht, daß vorläufig noch ohne bindenden amtlichen Charakter, zwischen ihm und einem Kommissarius der königl. Kirchenbehörde, eine neue Basis für das alte Institut aufgestellt werde.

§ Breslau, 11. März. [Schulnachricht.] Am hiesigen (reformirten) Friedrich-Gymnasium hat dieser Tage, unter Vorsitz des Hrn. Konsistorial- und Schulrathes Prof. Dr. Menzel, die halbjährlich wiederkehrende Abiturientenprüfung stattgefunden. Es hatten 2 Schüler der Anstalt und 5 Extranei an den schriftlichen Arbeiten Theil genommen, worauf 2 der letzteren und 1 Schüler ihren Rücktritt vom mündlichen Examen erklärten. Die übrigen 3 Extranei und 1 Schüler haben nach beendigter Prüfung sämmtlich das Zeugniß der Reife erhalten.

§ Breslau, 11. März. [Installation.] Nächsten Sonnabend Vormittags um 11 Uhr wird der zum Organisten an der hiesigen Armenhauskirche ernannte Herr Musiklehrer Berthold feierlich in sein neues Amt eingeführt werden. Breslau hat hierdurch einen sehr strebsamen und talentvollen Musiker gewonnen, der eben so tüchtig in seinen technischen Leistungen auf der Orgel und dem Klavier, als durchgebildet in dem theoretischen Theile der Musik ist. Letzteres hat er bereits durch mehrfache, recht wackere Kompositionen bezeugt, die nicht minder von reicher, schöpferischer Phantasie, als von tüchtiger musikalischer Kenntniß zeugen.

Breslau, 7. März. [Evangelisch-lutherischer Verein] Mäßig besucht. Vorsitzer Grüger berichtet über den 1845 in Berlin entstandenen „evangelischen Bücherverein.“ Ein hochgeachteter Militär ist seit jener Zeit bis heute das Oberhaupt; mehr denn ein Militär gehört dem Vorstande an. Der Verein hat sich mit ebenso viel Eifer als Erfolg bemüht, ältere, von Vielen zum Theil vergessene Erbauungsschriften wieder aufzulegen und in Umlauf zu setzen. Die äußere Ausstattung auf schneeweißem Papiere ist sauber und empfehlend. Ein Verzeichniß solcher Werke wird vorgelesen, nebst einer kurzen Charakteristik derselben und einer Angabe des billigen Preises. Unter ihnen befinden sich: Luthers großer und kleiner Katechismus; Arndts wahres Christenthum (in mehrere Sprachen zu seiner Zeit übersetzt); das Paradies-Gärtlein; geistliche Erquickstunden. In vielen tausend Exemplaren sind diese Schriften vom Vereine neuerdings verbreitet. Wacker: Neuere Anträge innerhalb der Kammern, betreffend die viel gewünschte Selbstständigkeit der evangelischen Kirche durch eine ihr zu gebende Verfassung, bieten zu Betrachtung und Verständigung über diese Sache Anlaß. Die Leidensgeschichte des Herrn in den heiligen Passionswochen ist Abbild unserer Zeit. In ihr erlebt er einen Abfall vieler von dem einigen Grunde, worauf seine Kirche gebaut ist. Von seinem eigenen Volke, das er mit seinem Blute erkaufte hat, wird er fortwährend aufs schändlichste verleugnet, verrathen, verspottet, verspielt. Ueber Unglauben und Zerissenheit innerhalb der evangelischen Kirche erhebt sich ein Triumphgeschrei außerhalb derselben, daß es mit ihr zu Ende gehe. Wir wollen es uns nicht verhehlen, daß die evangelische Kirche selbst allerdings die Schuld davon trage. Eine Partei hofft, durch eine Verfassung derselben ihr zu Hülfe zu kommen. Sie erklärt die jetzige Verwaltung derselben für eine völlig unberechtigte. Sie besteht auf einer großen General-Synode. Hat denn die fragliche Kirche (nämlich, wohl zu merken, lediglich innerhalb der preussischen Grenzsteine) jetzt keine Verfassung? In den ersten Jahren des Jahrhunderts war für ihr Heil Manches im Werke. Das Jahr des Glends 1807 führte alle Entwürfe dafür; griff es doch beunruhigend genug mit seinen Folgen (1810) durch Säkularisation der geistlichen Güter auch in das Gebiet der katholischen Kirche hinüber. Indeß das Jahr 1817 schuf unter einem Ministerium der geistlichen Angelegenheiten für die evangelische Kirche eine neue wohlgegliederte Konfistorial-Verfassung (die damaligen ersten, vom Feuer ihrer Jugend durchglühnten Kreis-Synoden gebaren keinen andern Segen, als einen — reichen Papierleggen für die Alten-Repositoryen.) Die auf eine Verfassung der evangelischen Kirche durch eine General-Synode drängen, mögen wohl erwägen, ob nicht gerade eine solche zur Auflösung der ganzen Gemeinschaft führen könnte. Von der Hoffnung wollen wir nicht lassen, der Herr werde die Wunden seiner Kirche heilen. Grüger setzte auf gegebenen Anlaß die bekannte, strenge Anselmische Theorie von der Stellvertretenden Genugthuung Christi sehr weitläufig auseinander. Dieser ist nicht in Leiden und Tod gegangen, um, wie die Ungläubigen behaupten, bloß die Wahrheit seiner Lehre zu bestätigen, oder ein Beispiel uns zu geben, sondern um „alle Qualen der Hölle“ an unserer Statt zu erdulden. Weiß: Warum sperrt sich die Welt gegen diesen Glauben? Weil es dem Hochmüthe des alten Menschen gar sauer ankommt, sich schuldig zu geben, und zu bekennen, daß er nur aus Gnaden selig werde. — Die nächste Zusammenkunft ist über vierzehn Tage.

*** Breslau, 11. März.** [Ballfest.] Unter der großen Zahl von Bällen, mit welchen der gegenwärtige Winter in überaus reicher Zahl erfüllt ist, verdient das gestrige Ballfest im Saale des Königs von Ungarn, gegeben von Herrn v. Kronhelm, einer ehrenvollen Erwähnung, da alle Arrangements für das Fest im Allgemeinen, wie für die einzelnen Tänze im Besonderen auf den Kreis der sorgsam ausgewählten Festtheilnehmer, als auf die zahlreichen Zuschauer, welche die Gallerie füllten, den angenehmsten Eindruck machten. Ein sehr gemüthlicher Ton verbreitete sich dadurch, daß ein großer Theil der Festgenossen aus den erwachsenen Schülern und Schülerinnen des Herrn v. Kronhelm bestand, bald bei Beginn des Festes, und erhielt sich, durch keinen Schatten getrübt, bis zu dessen Ende am späten Morgen des heutigen Tages. — Mehrere neue Arrangements von Touren, unter welchen die Rosenfest-Tour, der nur von Böglingen des gedachten Herrn ausgeführte Contretanz und die Cotillon-Touren vor und nach der Pause besonders ansprachen, wurden sehr geschmackvoll ausgeführt, und der Unternehmer bewahrheitete in jeder Weise den ehrenvollen Ruf, den er sich hier und in seiner Stellung als Tanzlehrer an der königlichen Ritter-Akademie zu Liegnitz erworben.

§ Breslau, 11. März. [Aus dem Gemeinderathe.] Bezüglich der in den Jahren 1848 und 1849 gestundeten Beiträge zum Bankgerechtigkeiten-Ablösungsfonds, siehe sich auf 9304 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf. belaufen, hatte der Magistrat vorgeschlagen,

diese Summe aus der Kämmereikasse zu entrichten, da eine nachträgliche Auflage von solcher Höhe unter den gegebenen Verhältnissen sich nur schwer realisiren ließe. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde der Vorschlag, nachdem ihn die Gemeindeverordneten Rutherford und v. Görz bekämpft hatten, der Finanzdeputation zur nochmaligen Begutachtung überwiesen.

Der Magistrat machte der Versammlung abschriftliche Mittheilung von einem Reskript des Herrn Oberpräsidenten, wonach die von beiden Stadtbehörden beantragte Vermehrung des Sparkassensfonds von 200,000 Rtl. auf 250,000 Rtl. höheren Orts genehmigt worden.

△ Liegnitz, 10. März. [Schlußsitzung der Stadtverordneten. — Einführung des Gemeinderathes.] Von heute Nachmittag 2 Uhr ab hielt das hiesige Stadtverordneten-Kollegium seine Schlußsitzung, und zwar öffentlich vor einem ziemlich zahlreichen Auditorium. Zur Verhandlung kamen: 1) Bürgerrechtsgesuche. Dieselben fanden alle eine günstige Erledigung. 2) Antrag des Magistrats um Herabsetzung der Ziegelpreise in den hiesigen Stadtziegeleien. Das Stadtverordneten-Kollegium erhebt den gestellten Antrag zum Beschluß und setzt für das laufende Jahr den Preis um 5 Sgr. pro Tausend herab. 3) Gesuch des Dominium Koiz um käufliche Ueberlassung einer der Stadt Liegnitz gehörigen Sandgrube zu Koiz. Der Magistrat wird ermächtigt, die qu. Sandgrube von 1 Morgen Fläche bestmöglichst zu veräußern, jedoch nicht unter 20 Rtl. 4) Antrag des Magistrats um Genehmigung eines Mehreinschlagens von Holz im städtischen Forste. Die Nothwendigkeit eines solchen Verfahrens wird dadurch motivirt, daß neben den 7000 Rtl., welche aus dem Forstertrage in den diesjährigen Stadthaushalt fließen müssen, auch 2000 Rtl. Sparkassenschulden, die man zur Erbauung eines Forsthauses zu Neurode geborgt hat, getilgt werden sollen. Nach einem Gutachten des städtischen Oberförsters und der Forstdeputation geschieht durch einen derartigen Mehreinschlag kein Nachtheil. Nach dem bereits vorliegenden diesjährigen Plane sollen circa 27 Morgen Holz eingeschlagen werden. Dies würde einen Reinertrag von 8000 Rtl. gewähren. Da nun davon 7000 Rtl. für den Stadthaushalt bestimmt sind, so würden nun noch 1000 Rtl. zur Abtragung der oben angeführten Schuld übrig bleiben. Um nun das zweite Tausend zu gewinnen, beliebte das Stadtverordneten-Kollegium den vom Magistrate beantragten Mehreinschlag zu genehmigen. Es wurde daher beschlossen, für dieses Jahr statt der 27 Morgen circa 29 1/2 Morgen Kernholz im städtischen Forste einzuschlagen. Als fünfter Gegenstand lagen die Revisions-Protokolle der städtischen Kassen vor. Am 2ten dieses Monats sind dieselben vom Magistrate revidirt und Bücher so wie Gelder richtig befunden worden. Ein Defizit von 5 Sgr. ist man auf der Stelle auszugleichen im Stande gewesen. Die bisherige Einnahme der Sparkasse beläuft sich etwas über 150,000 Rtl., bei der qu. Revision wurde ein baarer Bestand von circa 1100 Rtl. befunden. Die Einnahme der Kommunal-Haupt-Kasse betrug 12000 Rtl., die Ausgabe 8000 Rtl. Es blieb demnach ein baarer Kassenbestand von 4000 Rtl., welcher zur Amortisirung der Stadtschuld bestimmt worden ist. Nachdem einige Gegenstände, als für die Oeffentlichkeit nicht schicklich, zurückgelegt worden waren, ergriff der Vorsitzende der Versammlung, Herr Tischlermeister Flögel, das Wort und eröffnete dem Kollegium, daß mit dieser Sitzung die Verwaltung nach der Städteordnung vom 19. November 1808 für Liegnitz aufhöre. Der Redner warf einen Rückblick auf jene Zeit, wo dieses Institut als ein Geschenk des hochseligen Königs mit Jubel durch den ganzen preussischen Staat begrüßt wurde. Am 23. März 1809 trat dasselbe auch für Liegnitz in Kraft. Nur noch ein Mitglied der städtischen Verwaltung, welches die Städteordnung hier selbst einführen half und derselben heute zur Leiche saß, befindet sich noch in Thätigkeit. Es ist dies der Rathsherr, Medizinal-Assessor Herr Bornemann. Der Redner dankte demselben für die vielfachen der Stadt geleisteten Dienste und wünschte ihm eine noch recht lange segensreiche Thätigkeit. Mit einem Danke gegen den Magistrat und einem Hoch auf Se. Majestät den König schloß Herr Flögel seine Ansprache. Er übergab die Bücher und Insignien der Versammlung und erklärte das Mandat derselben für erloschen. Herr Bürgermeister Teichmann ergriff nun das Wort und setzte auseinander, daß, wie Alles in der Welt, auch die Verwaltungen im Staate und in der Kommune dem Wechsel unterworfen seien. Ein solcher Wechsel gebe sich auch in der gegenwärtigen Stunde kund. Er dankte dem Stadtverordneten-Kollegium für die vielfachen der Stadt geleisteten Dienste und die Bereitwilligkeit, womit der Magistrat nicht selten von ihm unterstützt worden sei. Schluß gegen 4 Uhr. Nach 4 Uhr trat der neue Gemeinderath unter Anführung des Herrn Bürgermeisters Teichmann in das Sitzungszimmer und nahm die soeben von den Stadtverordneten verlassenen Sitzplätze ein. Herr Bürgermeister Teichmann nahm in seiner Einführungsrede ganz besonders darauf Bezug, daß der Gemeinderath auf den nützlichen Grundlagen des Alten mit Mühseligkeit fortbauen, die Interessen der Kommune wahren und den staatlichen Gesetzen in jeder Hinsicht Rechnung tragen möge. Nach der erfolgten amtlichen Einführung konstituirte sich der Gemeinderath. Herr Kaufmann Kronecker nahm als Alterspräsident den Vorsitz ein und wählte zu seinem Schriftführer Herrn Justizrath Puge. Hiermit hörte die Oeffentlichkeit auf. Ueber den weiteren Verlauf berichten wir nächstens.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

**** Breslau, 11. März.** [Vorlesungen von Branisch.] Die 11. Vorlesung wies darauf hin, wie der durch die großen Ideen des 16. Jahrhunderts geweckte Entwicklungstrieb des deutschen nationalen Lebens durch die in den deutschen Zuständen durchaus nicht nothwendig bedingte, sondern nur künstlich herbeigeführte Krise des dreißigjährigen Krieges unterbrochen wurde. War doch auch die katholische Kirche durch die Reformation inluirt worden, und hatte dies in den Resultaten des tridentiner Konzils zu Tage gelegt; wurde doch auch durch den 30jährigen Krieg nicht das Mindeste geändert, denn der augsburger Religionsfriede wurde wieder anerkannt, und zwar selbst mit seiner empfindlichen Seite. Aber die Jesuiten, die Miliz der Kirche, deren Dogma es war, daß die Hierarchie die einzige Macht sein müsse, führten gewaltsam jene Katastrophe herbei, welche in ihrem Gefolge Verwüstung und Entvölkerung Deutschlands, so wie Abgestumpftheit der deutschen Nation nach sich zog. Politisches Resultat war die rechtliche Anerkennung der Souveränität der einzelnen Fürsten, Emporwachsen jenes Reichs zur Weltmacht, Zerbröckelung der deutschen Reichseinheit in eine Menge von Partikularvölkern, welche nur noch zusammengehalten wurden durch die Gemeinsamkeit der Sprache und des Geistes. Daher ist nicht mehr von einem deutschen Staate, wohl aber von einer deutschen Nation und von einer Entwick-

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 10. März. [Industrie-Ausstellung.] In der heutigen Sitzung des Central-Ausschlusses für die schlesische Industrie-Ausstellung machte der Vorsitzende, Herr Geheimrath Ewanger, Mittheilung über Anmeldungen, deren Zulassung dem Beschlusse des Central-Ausschlusses unterliege.

Hierauf erstattete der Vorsitzende des Sekretariats, Herr Carlo, Bericht über den Fortgang allgemeiner zulässiger Anmeldungen, hob die wichtigsten derselben, wie z. B. die Strohfabrikate aus Beuthen a/D. r. hervor, und gab Nachrichten über die Bemühungen, welche im Interesse der Ausstellung in der Provinz gemacht werden.

Die schweidnitz-reichenbach-waldenburger Handelskammer berichtet über ihre Thätigkeit für die Ausstellung.

Die Ausstellungs-Kommission hat in ihrer gestrigen Sitzung Spezialitäten der Ausstellung berathen, und zunächst für die Beschaffung eines Lokals, behufs Aufbewahrung der eingegangenen Ausstellungsgegenstände, ehe dieselben ihren Platz im Ausstellungsgebäude finden können, Sorge getragen.

Die Erledigung mehrerer nur auf den inneren Geschäftsgang bezüglichen Anträge, füllt den übrigen Theil der Sitzung aus.

Anmeldungen für die Industrie-Ausstellung werden bis zum 15. April d. J. durch das Sekretariat (im Hospital ad St. Trinitatem, gegenüber dem neuen Theater) angenommen.

P. [Die schlesische Industrie-Ausstellung] verspricht zwar eine großartige und reichhaltige zu werden, doch sind bis jetzt noch viele Gewerbe im Rückstande, die auf der Ausstellung reichlich vertreten zu sehen besonders für die Landwirthe von großem Interesse sein muß. So sind namentlich die Fabrikanten von landwirtschaftlichen Geräthen und Maschinen noch nicht in dem Grade betheiligigt, wie dies zu wünschen ist; Dreschmaschinen, Siebmäschinen, Ackergeräte u. s. w. sollten in möglichst vielen, verschiedenartig konstruirten Exemplaren oder wenigstens Modellen zu sehen sein, einmal, weil es überhaupt von Wichtigkeit ist, daß die Ausstellung nicht allein eine Sammlung vereinzelter Gegenstände darbietet, sondern daß sie einen Ueberblick jedes einzelnen Industriezweiges gestattet, dann aber auch, weil hierdurch die Vorurtheile manches Landwirthes gegen den Betrieb der Wirtschaft mit Maschinen beseitigt werden können. Ebenso ist es höchst nöthig, daß auch kleinere Geräthe nicht vergessen werden, und deswegen wird es Sache der Schmiede und Eisenwaarenhandlungen sein, zweckmäßige Axten, Beile, Schaufeln, Grabbeisen, Kapselchen, Senen u. s. w., sowie auch bürgerliches Handwerkszeug aller Art zur Ausstellung zu bringen. Die Ausstellung ist recht eigentlich ein Unternehmen für und durch das Volk, es würde also sehr zu bedauern sein, wenn gerade die Gegenstände, für welche sich der werththätige Theil des Volkes, der Arbeiterstand, am meisten interessieren muß, gar nicht oder nicht genügend vorhanden sein sollte. Aus diesem Grunde dürfen auch hauswirthschaftsgeräthe, die sich durch Einfachheit und Solidität bei möglichst billigem Preis auszeichnen, nicht fehlen. Das bedeutende Interesse, welches für die Industrie-Ausstellung überall erweckt ist, läßt erwarten, daß der Zweck dieser Zeilen nicht verfehlt sein wird und bald recht zahlreiche Anmeldungen von Gegenständen der erwähnten Art eingehen werden.

Berlin, 10. März. Das Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat auf der Industrie-Ausstellung in London folgende landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe ankaufen lassen:

- 1) Ein Gypelwerk von Barret Trall u. Andrews.
 - 2) Eine Dreschmaschine von denselben.
 - 3) Einen Saß Bedford-Eggen von denselben.
 - 4) Einen Preis-Pflug von Busby.
 - 5) Einen Pflug von Mansome und May.
 - 6) Einen Patent-Pflug von Howard.
 - 7) Einen Rübensneider von Samuelson.
 - 8) Eine Häckelschneide-Maschine von John Giffet.
 - 9) Eine Patent-Egge von Croskill (Scarfier des Lord Ducin).
 - 10) Eine Butter-Maschine von Smith.
 - 11) Eine Kornreinigung-Maschine von Hornsby und Sohn.
 - 12) Einen Dalkuchen-Brecher von Barret et Son.
 - 13) Eine Heuwende-Maschine von Smith.
 - 14) Ein Pferderechen von Howard.
 - 15) Eine Drain-Röhren-Pressen von Whitehead.
 - 16) Einen Rübensneider von Burgess und Key.
 - 17) Eine Stahlmühle zum Getreidequetschen von Whilmoe und Chapman.
- Nr. 1—14 sind bereits hier eingetroffen, Nr. 15, 16 und 17 werden binnen Kurzem erwartet. Diese Gegenstände werden in der Maschinen-Bauanstalt des Herrn J. Wöbler hier, Chaussee-Strasse Nr. 29, mehrere Monate lang aufgestellt bleiben und können dort von einem Jeden täglich, mit Ausnahme des Sonntags, unentgeltlich besichtigt und nach Belieben abgezeichnet werden. (Staats-A.)

[Rußlands industrielle Verhältnisse betreffend.] Bis jetzt sind die wichtigsten Fabrikanten meistens nur in den Hauptstädten des Reiches, in Petersburg und Moskau, zu finden, während die übrigen Gouvernements in dieser Beziehung wenig oder gar nichts geleistet haben. Die großartigen Spiegel-, Porzellan- und Papier-Fabriken, eben so wie Leinen-, Wollewebereien und Baumwollenspinnereien sind in der Nähe Petersburgs. Die Tuchfabriken von Wöhrmann, Fiedler und Kamaroff sind unweit von den Hauptstädten, eben so die Zuckerfabriken des Baron Stieglitz und der Kommerzienräthe Zadnitrowski und Ponomarow. Nur Graf Bobrinski hat seine Kunkelröhrenfabrik, die größte in Rußland, im Kiower Gouvernemente, eben so wie die berühmte Gewerkschaft sich in Tula befindet. Dafür befinden sich die zukunftsreiche Tabakfabrik, die bis 1000 Arbeiter beschäftigt, die Malzoff'sche Kristall- und Glasfabrik, die Kornlooff'sche Porzellanfabrik in Petersburg, die Harber'sche, Auerbach'sche und Popoff'sche Porzellan- und Fayencefabriken in Moskau. Die wichtigsten Manufakturen in Sammit, Seide, Wolle und Baumwolle befinden sich in Moskau, während außer ordinären Leinwandfabriken kein Gouvernemente derartige Anstalten zu nehmern wünscht, als auch im Interesse des Verkehrs in den Gouvernements diese zur Errichtung von Fabriken aufzumuntern, und soll zu diesem Zwecke den Unternehmern besondere Begünstigungen, als Steuerfreiheit für eine bestimmte Zeit, Befreiung vom Militärdienste für alle in den Fabriken beschäftigte Arbeiter, und bedeutende Vorstöße aus den Handelsbanken und sogar aus den kaiserlichen Kassen gegen geringe Interessen in Aussicht stellen.

[Vorsicht, Fässer lödicht zu machen.] Alle Fässer, die Substanzen enthalten, welche die Holzfasern nicht zum Anschwellen bringen, trocknen außen leicht aus, bekommen Risse und lassen die Flüssigkeiten ausströmen. Zu solchen Flüssigkeiten gehören gefätsigte Salzlösungen, Mutterlauge, sehr starker Weingeist, Bran, fette Oele. Der letztere Fall möchte wohl der häufigere sein und soll hier besonders hervorgehoben werden. Die Methode, welche schon mehrmals empfohlen worden, hölzerne Fässer sicher lödicht zu machen, besteht darin, daß man das neue Faß, welches mit Brennöl gefüllt werden soll, noch ehe der zweite Boden eingesetzt wird, mit einer siedenden Auflösung von Glaubersalz trinkt, indem man dieselbe hineingießt und mit einem Besen an den Wänden verreibt. Wird die Flüssigkeit kalt, so schüttet man sie aus und wiederholt dies drei- bis viermal. Hierauf wird das Faß ausgießig, aber nicht ausgewaschen, der eben so getränkte Boden eingesetzt und nach einigen Stunden ist es lödicht. Das in heißem Wasser sehr auslöliche Glaubersalz ist hierbei in alle Poren des Gefäßes gedrungen und hat sich beim Erkalten in denselben kristallisiert und sie dadurch völlig verklopft. Im Fel unauflöslich, kann es von demselben nicht wieder ausgezogen werden und ihm auch keinen Nachtheil

teilung des deutschen Nationalgeistes zu reden, welche allerdings zunächst nur durch Einzelne repräsentirt wurde. Auf die Poesie des 17. Jahrhunderts eingehend, zeigte der Redner, wie zwar die Naturfröhe des 16. Jahrhunderts nicht mehr vorhanden war, aber vom Naturcharakter der Poesie zum freien Kunstcharakter fortgegangen wurde. Aus diesem Gesichtspunkte charakterisirte er Opitz und seine Verdienste und bezeichnete dagegen Paul Fleming als den einzigen wahren „Dichter“ des 17. Jahrhunderts, wofür nicht auf das geistliche Lied Rücksicht genommen wird, in welchem Zweige Paul Gerhard das gebiegene Muster ist. In Gryphius tritt der tiefe Schmerz über das Wehe des dreißigjährigen Krieges zu Tage. Der Ausdruck der deutschen Geisteskraft nach dem dreißigjährigen Kriege ist schwächer, die Poesie geringfügiger, die Geringschätzung des Einheimischen bahnt französischem Einflusse den Weg. Aber aus der tiefsten Natur des deutschen Geistes trat eine neue Schöpfung hervor, welche die gesammte nationale Entwicklung in die Bahn des Fortschrittes leitete. Leibniz, geboren in der schlimmsten Zeit des dreißigjährigen Krieges, erwies sich durch sein tiefesinniges philosophisches System als eine neue Offenbarung des deutschen Geistes. Seine Spekulation nahm ihren Ausgangspunkt von den Problemen, welche die Philosophie des Descartes aufgestellt, aber nicht genügend gelöst hatte. Während die französische Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts im Zweifel stehen blieb, hatte die Philosophie des Descartes ein dreifaches, unzweifelbar Gewisses erwiesen: das Dasein Gottes, des Menschengewisses und der materiellen Welt (Natur). Es war somit das Problem gegeben, das Verhältniß dieser drei zu einander zu ermitteln. Bei dieser Ermittlung machte sich eine doppelte Ansicht geltend: die eine brachte die Beziehung jener drei auf einander dadurch zu Wege, daß sie alle drei in eine Einheit stellte; die andere stellte Welt und Menschengewißt Gott gegenüber (welches der christliche Standpunkt ist). Ersteres ist der Standpunkt Spinoza's; die zweite Entscheidung hatte schon Jakob Böhme gegeben, aber nicht in der Form der Wissenschaft. Die begriffliche Lösung dieser Aufgabe übernahm Leibniz. Seine Antwort konnte nicht im Sinne Spinoza's ausfallen; dies wäre für Leibniz Aufhebung seines religiösen Bewußtseins gewesen. Ging er doch mit der Voraussetzung an seine Arbeit, daß zwischen wahrer Philosophie und Religion, zwischen Glauben und Vernunft kein Widerstreit stattfinden könne, da sie beide Gaben Gottes sind. Die Darstellung der Philosophie des Leibniz, welche der Redner gab, betraf zunächst das Verhältniß Gottes zur Welt, und zeigte, wie bei Leibniz Gott und Welt verschieden sind, da Gott nothwendige, die Welt aber nur zufällige Existenz hat. Eine Welt, die Gott gleich wäre, wäre nicht Welt. Aber Gott ist auch in Zusammenhang mit der Welt und zwar bleibt er in beständigem Zusammenhange mit ihr, denn sie ist seine Idee, die fort und fort aus ihm entlassen wird. Daher ist die ganze Welt ein System lauter einzelner geistiger Gestalten; es existirt überall nichts als Intelligenzen; die Materie ist nichts Stoffiges, sondern nur die Schranke, welche jedes einzelne intelligible Wesen vom andern trennt. Der Mensch gehört zu der engeren Kategorie der Geister. Er vermag Gott nach seiner Wahrheit aufzufassen, und Gott zu seinem höchsten Zwecke zu machen. Nach dieser unmittelbaren Beziehung zu Gott bildet die Menschensehne ein Reich der Gnade, in welchem Gott Herrscher und Vater ist, und welches sich innerhalb der Natur ausbreitet. Beide sind in solcher Harmonie, daß dem sittlichen oder unsittlichen Handeln des Einzelnen auch ein lohnender oder strafender Erfolg in der natürlichen Ordnung der Dinge entspricht; sollte derselbe aber auch nicht sogleich eintreten, so geschieht es doch sicher irgend einmal. Es findet kein Untergang der Welt, noch irgend eines ihrer Wesen statt, sondern nur eine fortwährende Veränderung. Ist die Entwicklung des Reiches der Gnade an einem gewissen Punkte angelangt, so wird die entsprechende Metamorphose der Natur eintreten. Der Redner wies hier die Harmonie der Leibniz'schen Philosophie mit der christlichen Idee nach. Was wir hier über die Erörterungen des Redners in Betreff Leibniz mitgetheilt haben, ist nur eine dürftige Ueberschrift dessen, was derselbe in 1½ Stunden vor dem Hörerkreise entfaltete. Der Sachkundige wird die Schwierigkeit zu beurtheilen wissen, die es hat, zu einem des abstrakten Denkens meist unkundigen Publikum von Philosophie zu sprechen. Natürlich muß da manches weggelassen, manches anders gesagt werden. Dann aber kommen die mit der Perrücke, welche darunter sind, und vermissen das Eine und verbessern das Andere, und meinen am Ende den Cartesius, Spinoza, Leibniz besser zu verstehen. Glücklicher Weise kann sich der Redner auf seine schriftstellerischen Arbeiten berufen. Uebrigens könnte in einer gelehrten Darstellung, in der sich Saß aus Saß entwickelt und die mit allen Citaten aus Spinoza's Ethik u. s. w. beglaubigt ist, im Wesentlichen nichts Anderes gesagt werden, als was der Redner in solichter Weise und so gemeinverständlich seinen Hörern über Spinoza's Standpunkt, über seine Stellung zu Jakob Böhme u. s. w. mitgetheilt hat. Bei Licht besehen, würde sich ergeben, daß die ungelahrten Zuhörer durch den Redner jetzt mehr über Cartesius, Spinoza, Leibniz wissen, als die mit der Perrücke; denn grade, was vom unbefangenen Geiste davon verstanden wird, ist das Lebendige daran. Großer Dank aber gebührt dem Redner dafür, daß er den gebildeten Ständen zum Bewußtsein bringt, wovon sie sonst nirgends etwas hören und wovon die meisten nichts geahnt haben, daß nämlich die deutsche philosophische Wissenschaft unter den Mächten, welche unsere nationale Entwicklung bedingen, in erster Reihe steht. Freilich gehört ein Redner von seiner Anerkennung dazu, vor dessen Geiste sich die Hörer beugen und bei mangelndem Verständniß nicht die Schuld in der Darstellung suchen, sondern sich selbst größere Anstrengung des Denkens zumuthen.

2. [Aus dem Kunst-, Literatur- und Menschenleben.] Ein junger Arzt aus Sigmaringen, Dr. Th. Pilharz, ist Professor der Medizin an der Hochschule in Kairo geworden. Derselbe hat bereits eine Reise durch die Wüste gemacht, wird nächstens die Ufer des rothen Meeres bereisen und dann die Ergebnisse und Beobachtungen dieser kühnen Fahrten veröffentlichen. — Eine krankhafte Verirrung der Kunst: Für die diesjährige Kunstausstellung in Paris hat der Bildhauer Herr Stey eine Marmorgruppe geliefert: Opfer der Cholera. In Hamburg kommt ein Charakterbild von J. Krüger zur Aufführung, mit dem, vielen der größten deutschen Geister participiren. Ein schwedisches Blatt erzählt ganz ernsthaft: Die Namen: Gosander, in Ostgothland gelebt. — Eine wahrhaft poetische Erfindung ist in Berlin in die Mode gekommen: Fächer für Bälle und Feste aus frischen Blumen, die gleichzeitig Kühlung und Wohlgerüche zuführen. — Calame in Genf thut sich immer bedeutender als Landschaftsmaler hervor. Genauigkeit mit leichter Sicherheit in der Technik, poetischer Schwung in der Conception, in der Einheit der Staffage und in der Pracht wie im Schmelze der Farben, geben den Landschaften Calame's seltenen Werth. Eine große Waldbandschaft dieses Künstlers ist jetzt das Prachtstück der wiener permanenten Kunstausstellung.

bringen. Herr Professor Böttger, dessen polytechnischem Notizblatt 1851 Nr. 22 wir diese Notiz entnehmen, bemerkt dazu: „Ein Gemisch von 3 Theilen Keim und 1 Theil Syrup dürfte hier unfreudig dem Glaubersalz und dem Borax, welchen letzteren man ebenfalls zu vorstehendem Zwecke empfohlen hat, vorzuziehen sein. Zu dem Ende lasse man guten Kolner Keim 12 Stunden lang in kaltem Wasser weichen, bringe dann diese Keimgallerte in einen Kessel, erhitze diesen schwach, etwa bis auf 60 Grad R. und füge dann unter Umrühren den Syrup zu der flüssig gewordenen Keimgallerte hinzu. Beim Gebrauche applicire man dieses heiße Gemisch mittelst eines Pinsels auf die zuvor stark ausgetrockneten Innenwände der Fässer, oder giesse die Masse siedend heiß in die Fässer und drehe diese dann nach allen Richtungen hin und her.“

C. Breslau, 11. März. [Produktenmarkt.] Bei ziemlich reichlichen Zufuhren und schwacher Kauflust mußten sich die Verkäufer von Weizen in eine fernere Erniedrigung der Preise fügen, und war weißer nicht über 70 Sgr., gelber nicht über 69 Sgr. pr. Scheffel zu verwerthen.

Roggen in feinsten Qualität holte mühsam 66½-67 Sgr., mitte und feine Waare mit 62-64 Sgr. bezahlt, ord. leichte Waare 56-59 Sgr. Erste 41-45 Sgr., die besten Sorten 47-49 Sgr. Hafer 28-32 Sgr. Erbsen 55-59 Sgr., feinste Kocherbsen 62 Sgr. Kleesamen, rother, ziemlich unverändert, 11-18½ Thlr. nach Qualität, weißer ohne Nachfrage, feinsten 13½ Thlr., ordinärer bis feiner 8-12 Thlr. pr. Ctr. Rübsen 9½ Thlr. nominell. Spiritus loco 11½ Thlr. bez. Zink 4 Thlr. 10 Sgr. Br.

Berlin, 10. März. Weizen loco 63-67 Thlr. Roggen loco 58-61, schwimmend 82½pd. zu 56 Thlr., 84 und 84½pd. zu 57 Thlr., pro 82½pd. vert., Frühjahr 57½ bez., 58 Br., 57½ bis 57¾ Gld., Mai-Juni 58½ Br., 58¾ bez. und Gld. Gerste, gr. 41-44, kl. 38-40 Thlr. Hafer loco 26-27, pro Frühjahr 48½pd. 25¼ Thlr., 50½pd. 26¼ Thlr. nominell. Erbsen, Kochwaare 51-54 Thlr. Rapskatz, Winterapps 69-67, Winterrüben 68-66, Sommerrüben 54-53 Thlr. Rübsen loco 9¼ und 9½ vert., 9¾ Br., 9¾ Gld., pro März, März-April und April-Mai 9¾ Br., 9¾ Gld. Spiritus loco ohne Faß 25¼ und ¼ bez., mit Faß 26 bez., Lieferung pro März und März-April 26 Br., 25¾ Gld., April-Mai 26¼ und 26½ bez., 26½ Br., 26¼ Gld., Mai-Juni 27 Br., 26½ Gld., Juni-Juli 27½ bez. und Br., 27 Gld.

Stettin, 10. März. Weizen matt, 150 Wip. 89½pd. gelber schlesischer Ubladung pro Frühjahr 62 Thlr. bezahlt, für 89½pd. frei Schiff ab Pommern 63 Thlr. geboten. Roggen behauptet, loco nach Qualität 56½-58½ bez., 82½pd. pro Frühjahr 57½ Br., 57¼ bez., pro Mai 58 bez., pro Mai-Juni 58 Br., pro Juni-Juli 59 Br. Rübsen loco und pro März-April 9¼ bez. und Gld., pro April-Mai 9¼ bez. und Gld., Juni-Juli 9¼ Gld. Spiritus unverändert, am Landmarkt ohne Zufuhr, loco 13¼ pCt. 13¾ Br., pro Frühjahr 13½-¼ pCt. bezahlt, 13¼ pCt. Gld., Juni-Juli 13¼ pCt. Gld., pro Juli-August 12¼ pCt. bez. und Br. Zink pro Frühjahr 4¼ Gld., 4½ Br. Rohseisen 1 Thlr. 8½ Sgr. Br. Nigaer Keinsamen 11½ bis ¼ Thlr. auf Breslau schwimm. bez.

Mannigfaltiges.

Der „Newyork Herald“ berichtet, daß Lola Montez wieder im Prozeß liegt mit dem amerikanischen Willis, der ihr weiß machte, daß er und sein Bruder sehr einflußreich in den Vereinigten Staaten wären. Sie erklärt in einem veröffentlichten Schreiben, daß sie alle Schulden des Herrn Willis bezahlt, und daß er Gelder in die Tasche gesteckt habe, die sie zu milden Zwecken von ihrer Einnahme bestimmt hatte. Sie erklärt, daß sie ihn bald zu beseitigen gezwungen, da er sich ein sehr unanständiges Benehmen gegen sie erlaubt. Willis bleibt übrigens die Antwort nicht schuldig, und antwortet darauf in einem offenen Sendschreiben, das gerade nicht sonderlich sein klingt. Oberst Bobo, Sohn des Ober-Kammerherrn des Kaisers Kaustin von Egypt, sucht Lola zu bewegen, an den ägyptischen Hof zu kommen, um durch Tanz den Kaiser zu ermuntern.

Ueber das Unglück in der Mine bei Couages enthält die neueste „Independance belge“ weitere Mittheilungen. Im Augenblicke der Gas-Explosion, die, wie man glaubt, durch die Unvorsichtigkeit eines Stallknechts veranlaßt ward, der seine Lampe öffnete, befanden sich 77 Arbeiter in dem Schacht. Zwei wurden in den Wasserbehälter geschleudert und ertranken; fünfzehn konnten sich retten, jedoch starb einer derselben bald nachher zu Hause. Das Loos der übrigen 60 war am Abend des 7. März, trotz der eifrigsten Rettungsarbeiten, noch ganz unbekannt; man hatte leider keinen derselben erreichen können. Ein merkwürdiges Zusammentreffen ist es, daß das Unglück sich gerade an dem Tage begab, der zur Beendigung der Arbeiten in diesem Theile der Mine bestimmt war; schon am Abend wäre derselbe für geraume Zeit geschlossen worden.

Der eben verstorbene Mar mont, Herzog von Ragusa, war den 20. Juli 1774 zu Chaillon für Seine geboren worden. Das Jahr 1789 sah ihn bereits als Lieutenant in einem Infanterie-Regimente. Er trat später zur Artillerie über, bei welcher er vor Toulon die Bekanntheit Bonaparte's machte, den er auf der Expedition nach Egypten begleitete, wo er die meisten Schlachten mitsocht. Mit dem Ober-General ging er nach Paris zurück, wo er am 18. Brumaire auf der Seite N. Bonaparte's stand und ihn unterstützte. In Italien, nach der Schlacht bei Marengo, erhielt er den Rang eines Divisions-Generals. Nachdem er im Jahre 1805 an der Spitze der holländischen Armee gestanden, ging er mit Napoleon nach Deutschland, und später ward ihm die Aufgabe zu Theil, das Gebiet von Ragusa gegen die Russen und Montenegro zu vertheidigen. Für diese Mission erhielt er von Napoleon den Titel eines Herzogs von Ragusa und im Feldzuge von 1809, nach der Schlacht bei Znam, die Marschallswürde. Hierauf verwaltete er 18 Monate lang die illyrischen Provinzen als Gouverneur. Aus Desterreich abberufen, wurde ihm im Jahre 1811 der Oberbefehl in Portugal übergeben. Lange und rühmlich hielt er sich gegen Wellington. Eine schwere Verwundung nöthigte ihn, nach Frankreich zurückzukehren. Das Jahr 1813 sah ihn in Deutschland als den Commandanten eines Armeekorps, welches bei Lützen, Dresden, Baugen socht. Nach den Schlachten im Jahre 1814 in Frankreich bis in die Vorstädte von Paris von den verbündeten Heeren gedrängt, schloß er nach einem fruchtlosen Kampfe den 29. März 1814 jene Kapitulation ab, die Napoleon nöthigte, abzuhanteln. Während der hundert Tage lebte Mar mont in Deutschland. Ludwig XVIII. machte ihn zum Pair und 1814 zum General-Major der Garde. Bei der Krönung des Kaisers Nikolaus fand er sich als französischer Gesandter in Petersburg ein. Nach der Juli-Revolution, die er bekämpfte, zog er mit Karl X. in das Exil und lebte seither, die Zeit, die er auf Reisen zubrachte, abgerechnet, meistens in Desterreich.

Der Dichter Pierre Lacambaudie, welcher wegen seiner Theilnahme am Dezember-Aufstande zur Deportation nach Cayenne bestimmt war, sich aber gegenwärtig noch auf einem Kriegsschiffe zu Brest befindet und demnächst nach der Kolonie Lambessa in Algerien gebracht werden soll, hat die Fabelschichtung, welche in Frankreich mit dem Ende des vorigen Jahrhunderts gänzlich hinzuwinken schien, wieder zu frischer Blüthe gebracht. Seine von der französischen Akademie preisgekürnte Sammlung verdient den ihr allgemein gewordenen großen Beifall und konnte ihn um so weniger versehen, da seine Fabeln nicht nur den Anforderungen, die man an diese Gattung der Poesie macht, vollkommen entsprechen, sondern auch von den Gesinnungen und der Denkweise durchdrungen sind, welche das vorherrschende Streben unseres Zeitgeistes charakterisiren. Als *ouvrier-imprimeur*, der er früher war, dem Stande der Arbeiter angehörend, schließt Lacambaudie sich demselben auch als Dichter an. Er ist gewissermaßen als Fabulist, was Beranger als Liedersänger. Voll Wohlwollen für die Unbemittelten und erfüllt von lauterem Schonen nach einer besseren Gestaltung der Dinge, ist er reich an moralischer Tendenz. Aber bei der ersten Richtung, welche seine Muse genommen, mangelt es doch nicht an schalkhafter Heiterkeit; mit schlichter, edler Haltung vereinigt er nicht selten naiven Scherz und eine zuweilen hart treffende Satire.

[Oberschlesische Eisenbahn.] Die für die Aktionäre dieser Bahn mit 8 pCt. nunmehr zur Auszahlung kommende Dividende pro 1851 hätte 9½ pCt. betragen, wenn nicht dem Gouvernement gegen die i. J. 1843 übernommene Zinsgarantie von 3½ pCt. und für eine Aktien-Betheiligung von 343,000 Thlr. das Zugeständniß hätte gemacht werden müssen, von dem Ueberschusse über 5 pCt. Reinertrag dem Gouvernement ein Drittel vornweg für seine Theilnahme und Garantie zu gewähren. Die Aktionäre haben für diese Garantie bis jetzt etwa 216,000 Thlr. dem Gouvernement von ihrer Dividende vornweg gezahlt und das Gouvernement hat dadurch im Jahre 1850 seine Dividende auf 23¼ pCt., 1851 " " " " 34 " gesteigert.

Es möchte kaum ein ähnliches Geschäft zwischen einem Gouvernement und einer Privat-Gesellschaft je gemacht worden sein.

Noch steigert sich der Güterverkehr dermaßen, daß trotz aller Anstrengungen derselbe nicht zu bewältigen ist. Die ersten zwei Monate des laufenden Jahres haben eine Mehreinnahme von etwa 40,000 Thlr. gegen 1851 eingetragen. Es sind im Januar und Februar durchschnittlich täglich nahe an 17,000 Ctr., zusammen mehr als eine Million Centner transportirt worden. Würden die Betriebsmittel dem Erfordern angemessen vorhanden sein, so würde in den abgelaufenen zwei Monaten sich der Mehretrag der Bahn auf weit über 60,000 Thlr. gesteigert haben.

[Sardinische Eisenbahnen.] Die Kühnheit, mit welcher Oesterreich durch den Uebergang über den Semmering und den Karst dem Welthandel einen Weg zu dem Herzen seiner Staaten bahnt, wird von den Anstrengungen des kleinen Staates Sardinien noch übertroffen, welcher sich die dreifache Aufgabe des Ueberganges über die Apenninen, den Mont-Genis und die Alpen stellt. Den politischen Stürmen der letzten Jahre ungeachtet, nähert man sich der Lösung dieser beispiellosen Aufgabe. In Konkurrenz mit diesem Projekte haben zwei Engländer, Mits und Brassey, der österreichischen Regierung das Anerbieten gemacht, eine Eisenbahn von Tessin bei Buffalora bis Mailand zu bauen, unter der Bedingung, daß mit dieser Linie noch einige andere Strecken der lombardisch-venetianischen Bahn jenseits Mailand vereinigt und von Turin nach Novara, anstatt wie die piemontesische Regierung beabsichtigt, über Borgomera, Orta und Gravellona an die Grenze von Tessin geführt werde. — Sind keine Engländer da, die endlich die Linie Breslau-Posen bauen?

[Eisenbahn-Unfälle.] Angesichts des im vorigen Monat zwischen Reichensdorf und Plauen verunglückten Personenzuges, bei welchem der größte Theil der Wagen des Personenzuges mehr oder weniger beschädigt worden ist, während 12 Reisende erheblich verwundet worden sind, der Postwagen gänzlich zertrümmert wurde, der Postbeamte am Kopfe erhebliche Verletzungen davon getragen hat, meldet die Neue Preuss. Zeitung, daß vom 1. April ab die köln-mindener Bahn die Reisenden mit einem Schnellzuge von Köln nach Berlin in 12 Stunden, die berlin-stettiner aber erst vom 1. August ab einen Zug in 2 Stunden zwischen Berlin und Stettin befördern wird. Dagegen von der Solidität der stettiner Direktion ein derartiges Wagenstück nicht so leicht zu glauben ist, so ist allerdings in neuester Zeit die Beförderung durch die Eisenbahnen die Hauptaufgabe für dieselben geworden und da Verletzungen nicht so leicht Verletzungen wie Reisende bei Eisenbahnunfällen davon tragen, so wäre es vielleicht gerathener, die Postbeförderung von der Beförderung der Reisenden zu trennen und anzuordnen, daß mit den Postzügen, welche gefährlich rasch, im öffentlichen Interesse, über die Schienen jagen müssen, Reisende nicht zu befördern und auf die wenigen Post- und Eisenbahn-Beamten, deren amtliche Stellung die Gefahr einer solchen Reise bedingt, zu beschränken.

Eine große Anzahl von Kaufleuten Litt. A. hat ein an die Handelskammer bevorwortetes Gesuch um Bildung einer wirklichen kaufmännischen Korporation an uns gerichtet, da eine solche am hiesigen Orte noch nicht existire. — Zur Einleitung der hierüber anzuknüpfenden Verhandlungen haben wir einen Termin

auf Dienstag den 16. d. M., Nachmittags 5 Uhr, in dem Gemeinderaths-Saale auf dem Elisabeth-Gymnasium anberaumt. Zu diesem Termine laden wir die Herren Kaufleute Litt. A. hiermit ein. Breslau, den 11. März 1852.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

[1337] So sehr wir uns der Aussicht freuen, endlich statt des grundlosen Weges nach Rosel und Leobitz eine Chaussee zu erhalten, und so wenig wir im Stande sind, die Richtigkeit der von Herrn P. Schaffranek im Interesse Rosenthal's aufgestellten Behauptung anzuerkennen, so sehr bedauern wir es doch, daß die in Nr. 69 d. Ztg. erdienenene Erwiderung unferes Nachbarn K-t. unsere Interessen auf eine, den Gegner kränkende Weise vertritt, und mißbilligen eine solche Sprache auf das entschiedenste. Mehrere Einwohner Gnadenfeld's.

[1331] Zur Unterstützung der bei dem Brande auf dem Burgfelde verunglückten Familien ging bis jetzt ein: von Herrn Hof-Bergolzer Melzer 1 Rtl., Kaufm. Teichgreber 1 Rtl., v. Dr.-Einnahmer Steuer 15 Sgr., Rfm. Ströbach 1 Rtl., Buchdruckerei-Bef. Friedrich 1 Rtl., Mad. S. geb. R. 2 Rtl. u. ein Packet Wäsche, F. G. 1 Rtl., Becker 1 Rtl., Rfm. E. 1 Rtl., Hoffmann 2 Rtl., v. S. 2 Rtl., St. 1 Rtl., Zw. 1 Rtl., Mad. Risch 15 Sgr., G. 5 Rtl., Kanzlei-Zusp. Döring 20 Sgr., Just.-R. Gräß 5 Rtl., Direktor Bennewitz 1 Rtl., Mad. G. ein Packet Kleidungsst., Fr. Gen. v. Schutter 2 Rtl., Stadt-R. Galinich 1 Rtl., Weiß 1 Packet Kleidungsst., Major v. Puttkammer 1 Packet Kleidungsst., Rfm. Sasse 2 Rtl., Fr. Rentant Trachmann 1 Packet Kleidungsst., F. S. 5 Sgr., Hr. geb. R. v. Kraker-Schwarzenberg 3 Rtl., B. 1 Schfl. Steinkohlen, Gastw. Burghardt 2 Rtl., P. 5 Rtl., G. G. 2 Rtl., 15 Sgr., P. Kleidungsst., Rfm. Ziebig 2 Rtl., „Dem Herrn gelichen“ 1 Rtl., v. B. 1 Rtl., 15 Sgr., u. 1 P. Kleidungsst., Fr. Braueribef. Weberbauer 1 P. Wäsche u. Kleidungsst., J. W. 1 Rtl., R. 2 Rtl., v. K. 1 Rtl., Rfm. Pratorius 1 Rtl., Rfm. Niegner 20 Sgr., Rfm. A. Conrad 5 Rtl., v. S. 15 Sgr.; in Geld zusammen 60 Rtl. 15 Sgr. — Indem wir den gütigen Gebern herzlich danken, sind wir zur Annahme fernerer Gaben gern bereit. Breslau, am 11. März 1852. Becker, Stadtrath. Nahner, Band-Kassirer.

[2336] Herrn E. H. ersuche ich, mich zu besuchen, und mir die versprochene Mittheilung über das Berichtete, welches lediglich Verläumdung enthält, zu machen. Probst Krause.

[2327] Oberschlesischen Glas Dünger-Gips, vorzüglichster Qualität, empfiehlt billigst: A. Triumph, Obergrossstadt, Mathiasstraße Nr. 54, an der Elflaufend Jungfrauen-Kirche.

[2345] Verlobungs-Anzeige. Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Franziska mit Herrn Gustav Levin in Starogard in Pommern, beehren wir uns Bekanntem und Freunden statt besonderer Meldung hierdurch anzuzeigen. Züllichau, 10. März 1852. D. S. Gumpert nebst Frau.

Als Verlobte empfehlen sich: Franziska Gumpert, Gustav Levin.

[2352] Verlobungs-Anzeige. Die heute vollzogene Verlobung unserer Tochter Rosalie mit dem Kaufmann Herrn Neumann Deutsch, beehren wir uns, statt besonderer Meldung, hierdurch Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen. Breslau, den 11. März 1852. Joachim Wollmann und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich: Rosalie Wollmann, Neumann Deutsch.

[2348] Verlobungs-Anzeige. Die heute vollzogene Verlobung meiner Tochter Beate mit Herrn W. Sohn aus Oppeln, beehren ich mich Verwandten und Freunden, anstatt besonderer Meldung, hierdurch ergebenst anzuzeigen. Namslau, den 9. März 1852. W. v. Meidner.

[2334] Todes-Anzeige. Heute entschlief an der Brustwassersucht meine geliebte Mutter, die verwitwete Hauptmann v. Zablocky, geborene Puy, in ihrem 70sten Lebensjahre. Dieses als ergebene Anzeige allen unsern Bekannten und Freunden. Breslau, den 10. März 1852. Wida v. Zablocky.

Theater-Repertoire. Freitag, den 12. März. 61ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Letzte Vorstellung dieser Oper mit Fräulein Babnigg vor deren Abgange von hiesiger Bühne. „Der Alte vom Berge.“ Große heroische Oper mit Tanz in 5 Akten. Musik von J. Benedict. Mme a, Fräulein Babnigg.

Außer in vorgenannter Vorstellung wird Fräulein Babnigg vor ihrer Abreise nur noch zwei Mal auf hiesiger Bühne auftreten, und zwar: Sonnabend, den 13. März. Bei aufgehobenem Abonnement. „Der Waffenschmied.“ Komische Oper mit Tanz in drei Akten. Musik von A. Vorhng. Marie, Fräulein Babnigg.

Montag, den 15. März. Bei aufgehobenem Abonnement. „Der Barbier von Sevilla.“ Komische Oper in zwei Aufzügen. Musik von Rossini. Rosine, Fr. Babnigg.

Verein. Δ 16. III. 5. R. u. T. Δ 1. [2353] Bescheidene Anfrage. Lieber Wilhelm, Du gedenkst doch Deiner verlobten Zofe I noch? Ereigniß, den 12. März 1852.

[2335] Laetitia. Sonntag den 14. März: Soirée. Anfang Punkt 7 Uhr.

[2326] Pensions-Anzeige. In einer anständigen Familie können zu Ostern v. S. noch einige Knaben in Pension genommen werden, wobei ihnen sowohl Nachhülfe bei ihren Schularbeiten, als auch Benutzung eines sehr schönen Flügels geboten wird. Nähere Auskunft erteilt gefälligst Hr. Dr. Tagmann, Kirchstraße Nr. 7, eine Treppe hoch links.

[1329] Eine Person gebildeten Standes, mittleren Alters, bei mäßigen Ansprüchen, wird zur Bewirtschaftung einer kleinen Landwirtschaft und Aufsichtung kleiner Kinder von einer anständigen Familie gesucht. Anmeldungen unter Nr. 1 Kempen im Postenschen poste restante werden baldigst erbeten.

Mus Paris und Wien. Ich habe soeben die schönsten geschmackvollsten Kopie-Nadeln, Curt-Nadeln und grüne Fächer, nebst andern seinen Galanterie-Sachen, welches ich meinen geehrten Kunden hiermit anzeige. C. A. Hilscher, Riemerzeile Nr. 22. Bitte höflichst, genau auf meine Firma zu achten. [2331]

[2351] Hummerci Nr. 26, eine Treppe, ist ein Flügel zu verkaufen.

[1338] Einladung zur Subscription auf das Portrait Sr. Majestät des Königs von Preussen.

Ende März d. J. erscheint im Verlage der Schulbuchhandlung in Berlin in kl. Quart-Format und in halber Figur das höchst gelungene und wohlgetroffene Portrait Sr. Majestät Friedrich Wilhelms IV., gezeichnet von C. Paulsen, in Stahl gestochen von N. Afinger. Subscriptionspreis 7 1/2 Sgr. Ein Exemplar vor der Schrift 15 Sgr.

Es war die Absicht der Verlagshandlung, ein meisterhaft ausgeführtes Bildniß unseres vielgeliebten und erhabenen Monarchen in der Wohnung jedes Preussen heimisch zu machen. Wir wählten deshalb den Stahlstich und das bequeme Format. Auf die künstlerische Ausführung ist aller Fleiß verwendet. Vom 1. April ab tritt ein höherer Ladenpreis ein. — Bestellungen werden zahlreich und baldigst entweder direkt und franco oder durch jede beliebige Buch- und Kunsthandlung erbeten. — Sechs Exemplare, auf einmal bezogen, werden mit 1 Thlr. 7 1/2 Sgr.; zwölf Exemplare aber mit 2 Thlr. berechnet.

In Breslau nimmt namentlich die Sort.-Buchh. v. Grass, Barth u. Comp. (J. Ziegler), Herrenstrasse Nr. 20, Bestellungen an. Die Neue Preussische Zeitung sagt in Nr. 29 über das Portrait unter Anderm: „Die Zeichnung von C. Paulsen, gehört zu den Trefflichsten, was jemals mit dem Bleistift ausgeführt worden. Die kleinsten Nuancen des Antlitzes, sind mit wahrhaft physiognomischer Meisterschaft beachtet und hervorgehoben; die Aehnlichkeit ist frappant.“

[1339] Bei Chr. C. Kollmann in Leipzig ist erschienen: Der Passauer Vertrag. Eine Denkschrift zur Jubelfeier des 2. August 1852 und der von Churfürst Moriz von Sachsen erkämpften Religionsfreiheit. gr. 8. 10 Sgr.

Borr. in Breslau i. d. S.-Buchh. v. Graf, Barth u. C. (J. Ziegler), Herrenstr. 20.

[1340] Bei C. S. Gummi in Ansbach ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben: in Breslau in d. Sort.-Buchh. v. Graf, Barth u. C. (J. Ziegler), Herrenstr. 20: Bilder aus dem Leben und der Natur. Lesebuch für die Jugend. I. Theil. Von Ch. R. Hornung, ev. Pfarrer in Ansbach. Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. Preis: 24 Sgr.

Dieses nun bereits in dritter Auflage erscheinende vortreffliche Lesebuch wird sich bei seinem neuen, dem Inhalte ganz entsprechenden Titel der bisherigen Gunst des pädagogischen Publikums wohl noch mehr zu erfreuen haben, da es bedeutend vermehrt, und wirklich verbessert worden ist. Zu beziehen in Briesg durch Ziegler, Oppeln d. Graf, Barth u. C., P.-Wartenberg d. Heinze.

[2332] Stenographischer Lehr-Kursus. Diejenigen Herren, welche noch beabsichtigen sich die schöne Kunst der Stenographie anzueignen, werden ersucht, sich bis Sonnabend den 13. d., im Comptoir Hinterhäuser Nr. 17 zu melden oder Montag den 15. März, Abends 7 Uhr, im kgl. Friedrichs-Gymnasium in der ersten Lehrstunde zu erscheinen. Honorar für den vollständigen Kursus von 24 Stunden 2 Rtl. praenumerando. Der Breslauer Stenographen-Verein.

[1327] Röttgen, Königl. preuß. konfessionirter Bruch-Bandagen-Fabrikant, aus Siegburg bei Köln am Rhein,

ist mit Mustern von Heil-Bandagen neuer Art im Gasthose zu den Drei Bergen bei Wittve Lauch hier in Breslau von Freitag den 12. März an, Morgens von 9 bis 12 Uhr, Nachmittags von 3 bis 6 Uhr zu sprechen. Der Aufenthalt währt nur einige Tage. Die Vorzüglichkeit dieser Bandagen ist durch ärztliche Atteste und viele öffentliche Dankabstimmungen genügend bestätigt worden, von welchen einige zur geneigten Ansicht mitfolgen. Zeugniß. Dem Herrn Röttgen aus Siegburg bescheinige ich auf Verlangen, daß mein Vater durch den Gebrauch seiner künstlich eingerichteten Bandagen in seinem 64. Jahre von einem Bruchschaden gründlich geheilt ist, an welchem er wenigstens 40 Jahre gelitten hat. Düsseldorf, den 16. Dezbr. 1844. Dr. Kaufmann, prakt. Arzt u. Wundarzt.

Zeugniß. Gern bezeuge ich dem Herrn Röttgen in Siegburg, daß ich durch den Gebrauch seiner künstlichen Bruch-Bandagen von einem doppelten Bruche gründlich geheilt bin und sage ihm hiermit öffentlichen Dank. Kaldauen, im November 1844. Fr. Wiener.

Die wirkliche Heilung bezeugt: Dr. Vohmann, Königl. Kreis-Physikus. Hennes, den 6. November. Dr. Röttgen, Königl. Kreis-Physikus.

Dankagung. Zum Wohle der leidenden Menschheit finde ich mich veranlaßt, dem Herrn Röttgen zu Siegburg meinen innigsten Dank abzustatten, indem ich durch seine künstlich eingerichteten Bandagen sehr gut geheilt bin, weil ich seit 1 1/2 Jahren keine Bandagen mehr trage, und wünsche, daß Alle, die an diesem Uebel leiden, sich mit mir auch ihrer Heilung zu erfreuen hätten. Ruhrort, den 26. April 1846. Hubert Mertens.

Öffentlicher Dank dem Bandagisten Herrn Röttgen in Siegburg. Ich Endesunterzeichneter fühle mich gedrungen, in die vielen öffentlichen Dankabstimmungen über die Leistungen des Herrn Röttgen in Siegburg mit einzustimmen, weil ich durch den Gebrauch dessen renommirter Bruch-Bandagen von einem Bruche ganz geheilt worden bin. Dies der Wahrheit gemäß und zur Beherzigung aller Bruchkranken. Droisdorf, im August 1849. Friedrich Schuhmacher.

Dankagung. Nachdem ich durch die Bruchbänder des Herrn Röttgen in Siegburg gründlich geheilt bin, veröffentliche ich hiermit pflichtgemäß, daß ich seit fünf Jahren keine Bandage mehr trage. Mühlheim am Rhein, den 14. Juni 1850. Fr. Trips, Kaufmann.

Öffentlicher Dank dem Herrn Röttgen aus Siegburg, gegenwärtig in Hamburg im Hotel zur Sonne, dafür, weil ich auch durch seine künstlichen Heilbruchbänder radikal geheilt worden bin und seit 1 Jahre keine Bandage mehr trage. Santpauli bei Hamburg, im Juni 1851. Fran Schulte, Erigstraße Nr. 29.

[90] Ediktalladung. Die unbekanntem Inhaber der unten bezeichneten schlesischen Pfandbriefe werden nach Vorschrift der allgemeinen Gerichtsordnung (Zbl. I. Tit. 51. §§ 126. 127) hierdurch aufgefordert, mit ihren Ansprüchen daran bis zum Zinstermine Johannis 1852, spätestens aber in dem auf den

2. August 1852, Vorm. 11 Uhr, anberaumten Termine in unserem Kassenzimmer hier selbst sich zu melden, widrigenfalls jene Pfandbriefe durch richterliches Erkenntniß werden amortisirt und im Hypothekensbuche gelöscht, den unten genannten Extrahenten des Aufgebots aber an Stelle derselben neue Pfandbriefe, oder, insoweit eine Kündigung nach Vorschrift des Regulativs vom 7. Dezember 1848 (G. S. von 1849, S. 76 ff.) stattgefunden, die Valuten werden ausgereicht werden.

- Schonowitz O.S. Nr. 30 zu 150 Rtl.; O.N. Märzdorf N.G. Nr. 84 zu 50 Rtl.; Neuwalde O.M. Nr. 26 zu 100 Rtl.; Ulberdorf O.M. Nr. 32 zu 300 Rtl. Extrahent: verw. gew. Bauer Nikolaus, verehelichte Langner geb. Ender zu Graduschwitz. Wolfshayn und Martinswalde S.J. Nr. 35 zu 200 Rtl. Extrahent: Defonon Ed. Pauke zu Laubnitz. Hermsdorf bei Weidenau N.G. Nr. 15 zu 200 Rtl. Extrahent: Hegemeister Witschke zu Teichvorwerk. Krickau B.B. Nr. 5 zu 100 Rtl. Extrahent: das vormalige Gerichtsamt Oßen bei Poln. Wartenberg. Hennerdorf B.L. Nr. 81 und Nr. 232 zu 20 Rtl. Extrahent: Eisenbahnarbeiter Joh. Karl Scholz zu Neuguth bei Polkwitz. Ellguth-Schmarker O.M. Nr. 9 zu 100 Rtl. Extrahent: Kaufmann Karl Gottlob Steinberg zu Löwenberg. Poositz O.S. Nr. 30 zu 400 Rtl. Extrahent: Bauer Andreas Geiger zu Dammerau bei Grünberg. Hüners L.W. Nr. 53 zu 100 Rtl.; Cattern II. weltl. Anteil B.B. Nr. 12 zu 100 Rtl.; Radardorf B.B. Nr. 12 zu 100 Rtl.; Neu-vorwerk O.M. Nr. 26 zu 200 Rtl.; Extrahent: Erbscholtzbeisitzer Ernst Fey zu Dammer. Gorkau S.J. Nr. 23 zu 500 Rtl.; Baranowitz O.S. Nr. 44 zu 150 Rtl.; Pawonkau O.S. Nr. 102 zu 165 Rtl.; Seichwitz, Ober, O.S. Nr. 19 zu 50 Rtl.; Hainnsdorf, Ober, M.G. Nr. 33 zu 50 Rtl. Extrahent: Lehrer Großpitsch hier selbst. Breslau, den 8. September 1851. Schlesische General-Landschafts-Direktion. H. Graf v. Burgchau. Graf Pückler.

[30] Subhaftation. Das dem Gutfabrikanten Karl Friedrich Pöhsold gehörige, hier auf der preussischen Straße unter Nr. 332 belegene Haus nebst Zubehör, zufolge der nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden Taxe auf 6863 Thlr. 4 Sgr. geschätzt soll auf den 15. April 1852 Vorm. 11 Uhr in unserem Amtsstofale an den Meistbietenden verkauft werden.

Zu obigem Termine werden die Erben der verewittweten Feilenhauer Hermesdorf, Anne Susanne, geborne Feltch und der Riemermeister Strenz, geborne Feltch, bei Vermeidung der Präklusion vorgeladen. Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung zu Glogau.

[41] Nothwendiger Verkauf! Das dem Rudolph Karl Alexander von Benningen gehörige Rittergut Seisrodau mit dem dazu gehörigen Borort Földenort und der Kolonie Leopoldshain im Böhmlauer Kreise, zusammen abgeschätzt auf 25,431 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., soll

am 24. Mai 1852, Vormittags 9 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle in Böhmlau subhaftirt werden. Taxe, Bedingungen, Hypothekenschein, Vermessungs- und Abgaben-Register etc. können in unserem Bureau I. eingesehen werden.

Die unbekanntem Real-Prätendenten werden aufgefordert, sich zur Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden. Der dem Aufenthalte nach unbekanntem Realgläubiger Gutbesitzer Wladislaus von Nzewek und der Besitzer Rudolph Karl Alexander von Benningen werden hierzu öffentlich vorgeladen. Böhmlau, den 12. Oktober 1851. Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

[2143] Sehr schöne Erlempflanzen sind mehrere hundert Schock a 2 1/2 Sgr. zu verkaufen beim Freigutbesitzer Tappert zu Apothekerei Spaltig bei Dels.

